

Forschungsberichte des Nationalen Zentrums für Kriminalprävention

Kommunale Kriminalprävention in Deutschland 2018

- Fortschreibung einer Bestandsaufnahme 2007 -

Verena Schreiber
unter Mitarbeit von Lena Münch und Jens Schreiber

Nr. 1 | 2019

Kommunale Kriminalprävention in Deutschland 2018

- Fortschreibung einer Bestandsaufnahme 2007 -

Verena Schreiber

unter Mitarbeit von Lena Münch und Jens Schreiber

Impressum

Herausgeber

Nationales Zentrum Kriminalprävention
c/o Bundesministerium des Innern
Graurheindorfer Str. 198, 53117 Bonn
Mail: nzk@bmi.bund.de
www.nzkrim.de

Redaktion

Verena Schreiber, Marcus Kober, Wolfgang Kahl

Titelbild

Graphik: Verena Schreiber 2018

Verlagsort

Bonn, Deutschland

ISSN (Print): 2627-6143

ISSN (Online): 2627-6151

Erscheinungsjahr: 2019



Dieses Werk ist lizenziert unter einer Creative Commons 4.0 International Lizenz
(CC BY-NC-ND): Namensnennung - Nicht-kommerziell - Keine Bearbeitung.

Das NZK ist eine Arbeitsstelle am Deutschen Forum für Kriminalprävention (DFK).

Gefördert durch:



Inhalt

1. Kurzzusammenfassung	7
2. Einleitung.....	8
Vorwort.....	8
Anlass und Anliegen der Studie.....	9
3. Untersuchungsdesign.....	11
Ausgangslage.....	11
Gremienrecherche und Eckdaten der Befragung.....	12
Konzeption des Fragebogens und Aufbereitung der Daten	15
4. Ergebnisse	17
Verbreitung, Organisationstruktur und Ausstattung	17
Inhaltliche Arbeit.....	27
Erfolge und Scheitern.....	33
Inanspruchnahme und Nachfrage externer Unterstützungsangebote	38
Anmerkungen zur Berechnung der Variablen.....	41
Abbildungsverzeichnis.....	43
Literatur.....	44

1. Kurzzusammenfassung

Mit der Fortschreibung der Bestandsaufnahme kommunaler Präventionsgremien 2017/2018 konnten knapp 600 Zusammenschlüsse ermittelt werden, die gegenwärtig auf lokaler Ebene aktiv sind. Das sind weitaus weniger Gremien, als die Zusammenschau bestehender Listungen zunächst vermuten ließ und entspricht einem Rückgang von etwa 40 % in den letzten zehn Jahren. Im Vergleich zu 2007 zeigen sich keine umfangreichen Verbesserungen in der Ausstattung mit Personalmitteln; auch die Projektarbeit lässt noch nicht auf eine umfassende Professionalisierung schließen. Gleichwohl bewerten Zusammenschlüsse, die einen hohen Grad an Professionalisierung und Aktivität zeigen, die Effektivität ihrer Arbeit deutlich besser als die übrigen Gremien und greifen auch häufiger externe Unterstützungsangebote auf.

2. Einleitung

Vorwort

Die Kartographierung der deutschen Präventionslandschaft hat im Jahr 2007 eine vorhandene Lücke gefüllt und große Resonanz erfahren. Nach 10 Jahren bedurfte es einer Aktualisierung dieser quantitativen Bestandsaufnahme. Sie erfolgte von Juli 2017 bis Oktober 2018 im Auftrag der *Stiftung Deutsches Forum für Kriminalprävention (DFK)* und ihrer *Arbeitsstelle Nationales Zentrum für Kriminalprävention (NZK)*.

Wie die Ergebnisse der vorliegenden Untersuchung veranschaulichen, waren vorab geäußerte Vermutungen einer rückläufigen Verbreitung kommunaler Präventionsgremien in Deutschland berechtigt: Die Anzahl der Gremien ist seit 2007 um rund 40 % zurückgegangen.

Frau Jun.-Prof. Dr. Verena Schreiber hat mit ihrem Team die Akteurslandschaft neu vermessen und darüber hinaus wertvolle Erkenntnisse zu Organisationsstruktur, Ressourcen, Ausstattung, Aufgabefeldern, inhaltlichen Schwerpunkten, externen Unterstützungsangeboten, Erfolgen, Problemfeldern und Gründen des Scheiterns herausgearbeitet. Insgesamt 1.400 Adressaten wurden gebeten an einer online-gestützten Umfrage mit knapp 60 Fragen teilzunehmen. Etwa 400 Gremien sind der Bitte nachgekommen und rund 1.000 Zusammenschlüsse sind zudem telefonisch nacherfasst worden. Die Auftraggeber danken dem Team für die Beharrlichkeit bei der Befragung, die Intensität der Auswertung und die Vielfalt der Ergebnisse. Wissenschaft und Praxis verfügen erneut über einen Fundus aktueller Informationen zur Kommunalen Kriminalprävention und ihrer Entwicklung in Deutschland. Weiterer Dank gilt den Teilnehmer*innen der Befragung, da die Beantwortung mit einem nicht unerheblichen Aufwand verbunden war sowie ausgewählten Städtepartnern*innen, die am Pretest bzw. an den Leitfadenterviews teilgenommen haben.

Die Ergebnisse zeigen verschiedene Trends, die häufig von föderalen Bedingungen abhängig sind: Gremienrückgänge in den ländlichen Gebieten sowie Konsolidierung und Gremienausbau in urbanen Räumen. Beide Trends sind nicht flächendeckend und betreffen einige Bundesländer ganz besonders. Darüber hinaus zeigt sich, dass eine sozialräumliche Orientierung für den Erfolg von konkreter Projektarbeit mit hoher Akteurs- und Bürgerbeteiligung besonders bedeutsam ist. Der Sozialraum könnte demnach als zentrale Klammer multipler Problembearbeitung stärker genutzt werden.

Die Auftraggeber sind nun aufgefordert, mit den zentralen Akteuren auf Landes- und Bundesebene Unterstützungsbedarfe und -möglichkeiten für die kommunale Prävention, wie etwa Informationsangebote, unmittelbare Beratung oder auch finanzielle Förderungen zu erörtern. Dabei sollen die kommunalen Spitzenverbände einbezogen werden. Der vorliegende Projektbericht wird sowohl in der klassischen Druckfassung als auch zum Download auf den Internetseiten des DFK und NZK herausgegeben. Daneben ist ein sehr umfangreicher Tabellenband nur elektronisch im PDF-Format verfügbar.

Wolfgang Kahl,
Projektverantwortlicher im DFK

Marcus Kober,
Projektverantwortlicher im NZK

Anlass und Anliegen der Studie

Seit Anfang der 1990er Jahre gründeten sich in Deutschland die ersten Präventionsgremien auf kommunaler Ebene mit dem Ziel, zur Gewährleistung von Sicherheit vor Ort beizutragen. In der Folgezeit ließ sich ein regelrechter Gründungsboom beobachten. Bis Anfang der 2000er-Jahre lagen allerdings nur wenige belastbare Informationen über Verbreitung, Organisationsformen, Arbeitsweisen und inhaltliche Schwerpunkte der neuen ressortübergreifenden Zusammenschlüsse vor. Eine erste systematische und bundesweite Erfassung kommunaler Präventionsarbeit fand im Rahmen der Studie „Lokale Präventionsgremien in Deutschland“ von 2005-2007 statt (Schreiber 2007). Zu diesem Zeitpunkt existierten in Deutschland etwa 1.000 Gremien.

Jüngere Untersuchungen auf Bundesländerebene (vgl. Leitstelle Kriminalprävention des Innenministeriums Rheinland-Pfalz 2017; Dzierzon 2016) geben jedoch Anlass zu der Vermutung, dass die Anzahl an Gremien seitdem deutschlandweit stark rückläufig ist. Als Gründe für die Auflösung werden etwa fehlende finanzielle und personelle Ressourcen oder unklare Aufgabenbereiche angeführt – und damit Problemfelder, die bereits in der Gesamtaufnahme von 2007 zu Tage traten und auch in vielen weiteren Studien benannt werden (vgl. van den Brink 2015). Zudem zeichnen sich qualitative Veränderungen der Präventionsarbeit und des Verständnisses von Sicherheit ab (vgl. z. B. Ammicht Quinn et al. 2016). Viele Gremien, die anfänglich noch mit dem enger formulierten Ziel antraten, Kriminalität zu reduzieren und das Sicherheitsempfinden zu stärken, plädieren heute für ein umfassenderes Präventionsverständnis und wollen sich daher auch nicht mehr ausschließlich als „Kriminal“-Präventionsräte verstanden wissen. So schlägt auch das Deutsche Forum für Kriminalprävention vor, die Kommunale Kriminalprävention perspektivisch stärker hin zu einem „integrierten Sozialraumkonzept“ zu entwickeln (Stiftung Deutsches Forum für Kriminalprävention 2012).

Zehn Jahre nach der letzten deutschlandweiten Gesamterhebung Kommunaler Kriminalprävention waren nicht zuletzt diese Befunde der Anlass, die Studie fortzuschreiben und die aktuelle Lage zu Bestand, Organisationsstrukturen und Arbeitsweisen lokaler Präventionsgremien flächendeckend zu erfassen und abzubilden. In Zusammenarbeit mit dem Deutschen Forum Kriminalprävention (DFK) und dem Nationalen Zentrum für Kriminalprävention (NZK) führte die Pädagogische Hochschule Freiburg von Oktober 2017 bis März 2018 eine inhaltlich umfassende, deutschlandweite Umfrage zu kommunaler Präventionsarbeit durch. Im Zentrum der Untersuchung standen dabei die folgenden vier Themenfelder und Fragen:

Verbreitung und Organisationsstruktur: Wie verbreitet sind lokale Präventionsgremien? Zeigt sich deutschlandweit ein Trend zur Abnahme der Zusammenschlüsse? Zeichnen sich bei den bestehenden Zusammenschlüssen merkliche Veränderungen in der Organisationsstruktur ab, die für eine Professionalisierung der Präventionsarbeit in den vergangenen zehn Jahren sprechen?

Projektarbeit unter veränderten sicherheitspolitischen Bedingungen: Inwiefern haben sich die sicherheitspolitischen Anforderungen an die Kommunen in den letzten Jahren verändert und wie wirken sich diese ggf. auf die Projektarbeit aus? Welche neuen Problemfelder sind hinzu-

gekommen, welche weggefallen? Lässt sich eine Fokussierung der Projektarbeit auf spezifische Problemfelder beobachten oder wird nach wie vor ein breites Spektrum an Themen bearbeitet?

Erfolge und Scheitern: Worin sehen die Netzwerke ihren zentralen Nutzen, welche Ziele haben sie aber auch noch nicht erreicht? Welche Probleme haben zur Auflösung von Gremien in den letzten Jahren geführt? Inwieweit decken sich diese mit den Herausforderungen aktiver Gremien? Lassen sich aus dem Vergleich aktiver und inaktiver Gremien Rückschlüsse auf Gelingensbedingungen kommunaler Präventionsarbeit ziehen?

Inanspruchnahme und Nachfrage externer Unterstützungsangebote: In welchem Umfang werden bestehende Angebote der einschlägigen Institutionen und Informationsportale für die lokale Präventionsarbeit genutzt? In welchen Bereichen wünschen sich die Zusammenschlüsse mehr Unterstützung und Beratung?

An der Studie haben sich insgesamt 1.174 Kommunen beteiligt, sei es dadurch, dass sie an der Online-Befragung teilgenommen oder uns telefonisch Auskunft zu ihrer Arbeit gegeben haben. Ihnen allen gilt unser besonderer Dank!

3. Untersuchungsdesign

Ausgangslage

Das Konzept der Kommunalen Kriminalprävention wird seit seiner Verbreitung von einer kritischen Diskussion hinsichtlich der Wirksamkeit und der Umsetzungsstrukturen begleitet. In den letzten Jahren ist zusätzlich dazu die Frage aufgetreten, inwieweit insbesondere der „Kriminalpräventionsrat“ noch die geeignete Organisationsform für das komplexe Aufgabenfeld der Prävention sei und ob es flächendeckend zur Auflösung von Gremien komme. Im Vorfeld der Untersuchung wurden daher jüngere Untersuchungen zu lokaler Präventionsarbeit gesichtet, um aktuelle Entwicklungen bei der Konzeption der Befragung zu berücksichtigen. Zusätzlich wurden mit den Kommunen Frankfurt, Freiburg und Singen im August und September 2017 Leitfadeninterviews geführt (vgl. Abb. 1, Seite 13), um mögliche Veränderungen sicherheitspolitischer Herausforderungen der letzten Dekade zu erfassen und in die Befragung miteinfließen zu lassen.

Zentrale Bezugspunkte für die Befragung waren einerseits die Ergebnisse einer Studie von Maria Dzierzon (2016), die der Frage nachging, in welchem Umfang kommunale Kriminalitätsverhütungskommissionen in Brandenburg aktuell aktiv sind, sowie andererseits ein Evaluationsbericht der Leitstelle Kriminalprävention des Innenministeriums Rheinland-Pfalz von 2017, mit dem die Entwicklung der kriminalpräventiven Räte in Rheinland-Pfalz erfasst wurde. Dzierzon stellt in ihrer Untersuchung fest, dass über die Hälfte der 2015 offiziell gelisteten Organisationen in Brandenburg ihre Arbeit mittlerweile eingestellt haben. Gründe dafür sieht sie im kommunalen Führungswechsel und dem Ausscheiden von Mitgliedern sowie in Strukturveränderungen der Polizei. Da in Brandenburg die Gründung vieler Gremien durch eine „Verordnung von oben“ oder von der Polizei initiiert wurde – und weniger die lokale Kriminalitätssituation ausschlaggebend war – überrascht auch nicht, dass der Wegfall von Problemfeldern v. a. in Städten mit weniger als 20.000 Einwohner*innen ebenfalls als Grund für die Einstellung der Arbeit angegeben wird (vgl. Dzierzon 2016, S. 4 f.). In Rheinland-Pfalz kam die Leitstelle Kriminalprävention u. a. zu dem Ergebnis, dass Netzwerke ihre Arbeit aufgrund fehlender finanzieller und personeller Ressourcen einstellen mussten (2017, S. 35). Für die vorliegende Untersuchung stellte sich daran anschließend die Frage, ob diese Befunde auch deutschlandweit zu beobachten sind oder ob es sich um spezifische Entwicklungen in einzelnen Bundesländern handelt.

Während die aufgeführten Studien insbesondere Hinweise auf quantitative Verschiebungen und Gründe des Scheiterns kommunaler Präventionsarbeit geben, wurden im Vorfeld der Untersuchung zusätzlich mithilfe von Leitfaden-Interviews mit den Verantwortlichen der Gremien in Frankfurt, Freiburg und Singen¹ Informationen zu möglicherweise veränderten sicher-

¹ Herzlichen Dank an die Vertreter*innen der Präventionsräte Frankfurt, Freiburg und Singen, die uns für ein Interview zur Verfügung gestanden haben. Einige der im Rahmen dieser Interviews getroffenen Aussagen sind im folgenden Abschnitt wörtlich wiedergegeben.

heitspolitischen Bedingungen auf lokaler Ebene eingeholt und deren Auswirkungen auf kommunale Präventionsarbeit erfasst. An dieser Stelle können nur einige Aspekte dargestellt werden, die auf die Konzeption der Befragung Einfluss genommen haben.

Neue Herausforderungen sehen die Gremien vor allem im Bereich „*Extremismusprävention*“. So bereite ganz aktuell „*Populismus in der Gesellschaft, auch in der Mitte der Gesellschaft, die Radikalisierung und der Extremismus, sowohl rechts wie links*“² auf lokaler Ebene Sorge. Damit verbunden seien die Kommunen auch mit dem Thema „*Lügenpresse*“ konfrontiert: „*Da versuchen wir dann schon entgegen zu steuern, dass man Personen direkt anspricht, dass man Postings macht auf den ganzen Netzwerken. Und dann auch über die Presse versucht, eine Objektivität reinzubringen.*“ Nach wie vor aktuell seien zudem der ganze Bereich der Präventionsarbeit im öffentlichen Raum und die Schwierigkeit, die sich aus dessen Nutzung durch unterschiedliche Personengruppen ergebe: „*Miteinander von Jung und Alt, da entstehen Konfliktlagen was die Nutzung von öffentlichem Raum anbelangt.*“ So sei es schwierig, kriminalpräventiv in den öffentlichen Raum einzugreifen (zum Beispiel durch Erhöhung der Polizeipräsenz oder neue Beleuchtungskonzepte), ohne gleichzeitig das Unsicherheitsgefühl in der Bevölkerung zu erhöhen. Bezüglich der Organisationsstruktur gaben die Interviewpartner*innen u. a. an, dass fehlende Ressourcen ein zentrales Hindernis für eine gelingende Präventionsarbeit darstellen, auch wenn in den eigenen Kommunen die Ausstattung vergleichsweise gut sei. Daneben seien Interessenskonflikte zum Beispiel zwischen Quartiersarbeit und Polizei eine Hürde für die Arbeit mancher Präventionsgremien. Entscheidend für eine erfolgreiche kommunale Kriminalprävention sei, „*dass Sie genügend Akteure finden, die sich auch mitbeteiligen, die im gleichen Sinn auch denken.*“ Insgesamt wurden in den Interviews viele Problemfelder beschrieben, die Kommunale Kriminalprävention seit ihren Anfängen begleitet. Aufgrund jüngerer Entwicklungen, zum Beispiel dem zunehmenden Umfang von Migrationsprozessen oder Radikalisierungstendenzen in der Gesellschaft, stellen sich allerdings auch für die Kommunen neue Aufgaben. Diesen Aspekten sollte in der Befragung auch quantitativ nachgegangen werden, u. a. indem aktuelle Problemfelder und die Schwerpunktsetzung der letzten Projekte erfasst wurden.

Gremienrecherche und Eckdaten der Befragung

Um eine flächendeckende Erfassung der Präventionsgremien in Deutschland zu gewährleisten, ging der Erhebung ein mehrstufig-strukturierter Rechercheprozess voraus, bei dem zunächst die in 2007 erfassten Gremien mit den aktuellen Kontaktdaten der Landespräventionsräte³ abgeglichen wurden (vgl. Abb. 1, Seite 13). In Deutschland verfügen gegenwärtig 13 Bundesländer über einen eigenen Landespräventionsrat oder eine Koordinierungsstelle.⁴ Nicht in

² Einige Zitate der Interviewpartner werden an dieser Stelle wörtlich wiedergegeben.

³ Wir möchten uns an dieser Stelle ausdrücklich bei den Landespräventionsräten bedanken, die uns in der Vorbereitung und Durchführung der Umfrage unterstützt haben. Ein besonderer Dank gilt dem LPR Niedersachsen, der insbesondere bei der Fragebogenkonzeption wertvolle Anregungen lieferte.

⁴ Landespräventionsräte oder Koordinierungsstellen: Projektbüro der Kommunalen Kriminalprävention Baden-Württemberg, Landeskommission Berlin gegen Gewalt, Landespräventionsrat Brandenburg,

allen Fällen lagen diesen jedoch zum Untersuchungszeitpunkt aktuelle Listen ihrer kommunalen Präventionsgremien vor.

Abbildung 1: Übersicht zum Projektverlauf

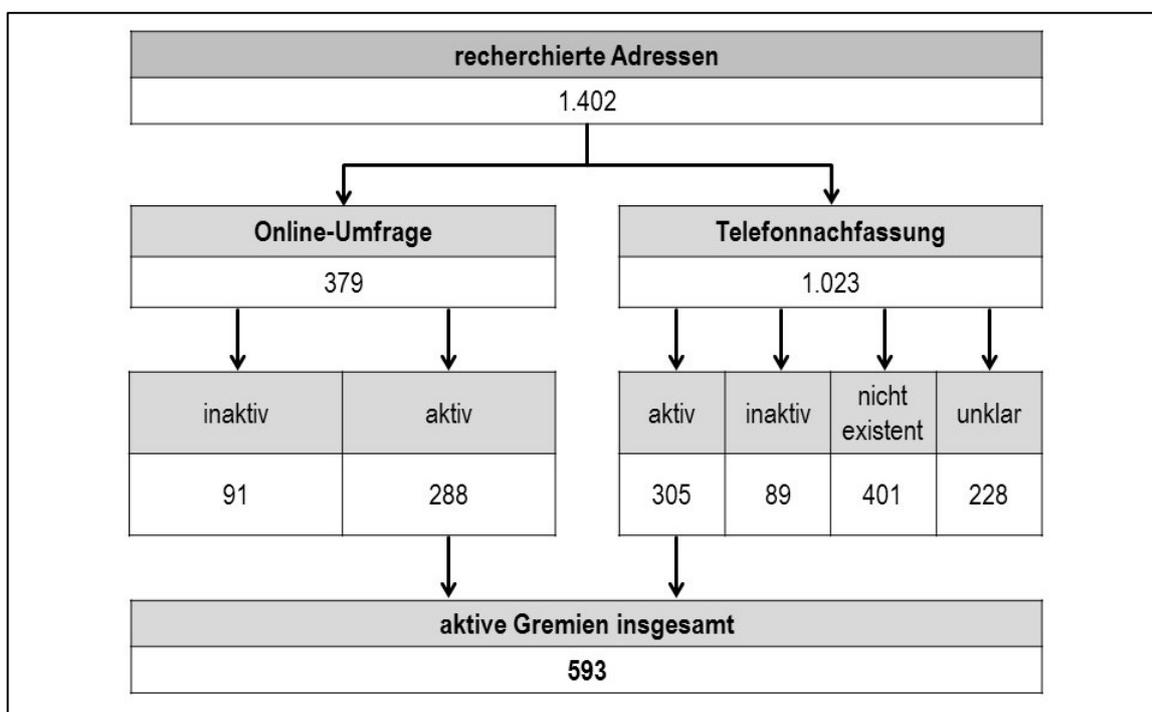
Projektphase I: Vorbereitung (Juli 2017-November 2017)	
07/17-09/17	<ul style="list-style-type: none"> - Aufbereitung des Forschungsstands zum Handlungsfeld KKP - Leitfadeninterviews mit den Kommunen Frankfurt, Freiburg und Singen - strukturierte Gremienrecherche: systematische Erfassung kommunaler Präventionsgremien, Aktualisierung der Adressdatenbank der Online-Befragung 2005-2007 und Erweiterung um neu ermittelte Gremien - Kick-Off-Meeting mit DFK und NZK, Bonn
10/17-11/17	<ul style="list-style-type: none"> - inhaltliche Ausarbeitung eines Fragebogens auf Basis der Studie von 2005-2007 unter Einbeziehung jüngerer Entwicklungen und in Abstimmung mit den Zielen des Mittelgebers und weiterer Institutionen - Bereitstellung des Fragebogens als Online-Fragebogen mit der Software LimeSurvey - Pretest mit den Kommunen Augsburg, Chemnitz, Dresden, Hannover und Mainz - Vorstellung des Projekts auf dem Treffen der Geschäftsführer*innen sowie Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Landespräventionsgremien mit Vertreter*innen von DFK, NZK und ProPK im November 2017 in Bonn
Projektphase II: Erhebung (Dezember 2017-Mai 2018)	
12/17-05/18	<ul style="list-style-type: none"> - laufende Fortführung Gremienrecherche und Integration in die Erhebung - Befragung der indizierten Gremien in einem mehrstufigen Verfahren - Telefonnachfassung bei sich nicht an der Umfrage beteiligenden Gremien
Projektphase III: Auswertung und Präsentation der Ergebnisse (Juni 2018-Dezember 2018)	
06/18-09/18	<ul style="list-style-type: none"> - Präsentation vorläufiger Ergebnisse auf dem DTP im Juni 2018 in Dresden - Aufbereitung der Daten und Erstellung eines Tabellenbandes (ausgewählte Häufigkeiten, Ermittlung statistischer Zusammenhänge) - Erstellung ausgewählter Grafiken - Erstellung Publikation forum kriminalprävention - Erstellung des Endberichts
10/18-12/18	<ul style="list-style-type: none"> - Präsentation der Ergebnisse auf der Mitgliederversammlung des LPR Niedersachsen in Hannover im Oktober 2018 - Präsentation der Ergebnisse auf der Kuratoriumssitzung des DFK in Berlin im November 2018 - Versendung an die beteiligten Gremien - Vorbereitung Publikation DFK

In Bundesländern, die keinen Landespräventionsrat oder eine Koordinierungsstelle haben (Bayern, Hamburg und Thüringen), wurden bei den Landeskriminalämtern und Innenministerien entsprechende Listen angefragt. Wo keine Daten zur Verfügung gestellt werden konnten, sind die vorliegenden Adressen aus der Studie von 2007 verwendet und um weitere im Inter-

Kooperationsstelle Kriminalprävention Bremen, Landespräventionsrat Hessen, Landesrat für Kriminalitätsverbeugung Mecklenburg-Vorpommern, Landespräventionsrat Niedersachsen, Landespräventionsrat Nordrhein-Westfalen, Landespräventionsrat Rheinland-Pfalz, Landesinstitut für Präventives Handeln im Saarland, Landespräventionsrat Sachsen, Landespräventionsrat Sachsen-Anhalt und Landespräventionsrat Schleswig-Holstein.

net recherchierte Kontaktdaten ergänzt worden. Mit dieser Vorgehensweise konnten in einer Urliste bundesweit zunächst 1.596 „Nennungen“ auf Landkreis-, Stadt-, Gemeinde- und Stadtteilenebene zusammengeführt werden. Bereits in einer frühen Phase der Studie zeichnete sich ab, dass viele der Organisationen, die 2007 noch aktiv waren, sich in den bestehenden Listen der Landespräventionsräte nicht mehr wiederfanden. Im Umkehrschluss waren darin zugleich zahlreiche kommunale Ämter o. ä. aufgeführt, die zwar auch einen präventiven Auftrag verfolgen mögen (z. B. Ordnungsämter, Jugendreferate oder sehr häufig ganz allgemein das Rathaus), im engeren Sinne aber keine originären oder eigenständigen Präventionsgremien darstellen.⁵ Darüber hinaus enthielten die Landeslisten eine ganz Reihe an Dubletten, die bereinigt werden mussten. Dazu kommt, dass kommunale Präventionsarbeit in den Bundesländern zum Teil sehr unterschiedlich organisiert ist, was bei der Auswahl der in die Umfrage einzubeziehenden Präventionsnetzwerke sowie bei der inhaltlichen Zielsetzung der Befragung berücksichtigt werden musste. Das Forscherteam, DFK und NZK einigten sich darauf, den Schwerpunkt (wie in der Studie von 2007) auf die Organisationsform des „Präventionsrats“ zu legen. Andere Zusammenschlüsse, wie Ordnungspartnerschaften, waren daher nicht in gleichem Umfang einbezogen; sofern diese aber in den vorliegenden Listen aufgeführt waren, hatten sie Gelegenheit, sich ebenfalls an der Umfrage zu beteiligen. Unter Berücksichtigung dieser Faktoren reduzierte sich die Anzahl der in die erneute Bestandsaufnahme einbezogenen Präventionsakteure auf 1.402 (vgl. Abb. 2).

Abbildung 2: Vorgehensweise bei der Ermittlung aktiver Gremien und Verteilung nach aktuellem Status



⁵ Dieses Problem bestand bereits in der Studie von 2007, was letztlich zu der nahezu Halbierung der bis dahin vermuteten 2.000 Gremien führte (vgl. Zweiter Periodischer Sicherheitsbericht).

Eine Einladung aller ermittelten Gremien zur Teilnahme an der online-gestützten Umfrage erfolgte per Mail ab Oktober 2017; insofern sich Gremien in der ersten oder zweiten Runde noch nicht beteiligt hatten auch mehrfach. Bis März 2018 nahmen 379 Netzwerke an der Befragung teil, was einem Rücklauf von 27 % entspricht.⁶ Kommunen, die sich trotz mehrfacher Aufrufe nicht zurückgemeldet hatten, wurden anschließend (mind. drei Mal) telefonisch kontaktiert, um zumindest zu erfassen, ob das gelistete Präventionsgremium aktuell noch existiert oder sich aufgelöst hat bzw. seine Arbeit ruht. Mit dieser Vorgehensweise konnten Informationen zu weiteren 795 Kommunen eingeholt werden. Führt man die Zahlen zusammen, lassen sich gegenwärtig 593 aktive Präventionsgremien in Deutschland identifizieren. Von weiteren 160 Zusammenschlüssen konnte ermittelt werden, dass sie derzeit ruhen (91) oder sich mittlerweile aufgelöst haben (69), und 20 in Planung befindlich sind (vgl. Abb. 2, Seite 14: inaktive Gremien). In weiteren 401 Fällen erfolgte die Rückmeldung, dass vor Ort zwar Präventionsarbeit gemacht würde, es aber kein Gremium im eigentlichen Sinne gäbe und auch früher keines existiert habe. In 228 Fällen ist der aktuelle Status letztlich unklar geblieben, da trotz mehrfacher telefonischer Kontaktaufnahme keine belastbare Auskunft erteilt werden konnte. Es ist nicht auszuschließen, dass sich in dieser letzten Gruppe noch das eine oder andere aktive Gremium befinden mag; von einer merklichen Anhebung der Gesamtzahl aktiver Netzwerke ist jedoch nicht auszugehen.

Konzeption des Fragebogens und Aufbereitung der Daten

Im Rahmen des Kick-Off-Meetings hat das Forscherteam mit DFK und NZK im September 2017 in Bonn in einem ersten Schritt mögliche Themenfelder der Befragung diskutiert und anschließend festgelegt. Bei der inhaltlichen Konzeption des Fragebogens stand dabei im Vordergrund einerseits eine möglichst hohe Vergleichbarkeit mit den Ergebnissen der Studie von 2007 zu gewährleisten. Andererseits sollten auch Erkenntnisse zu neuen Themenfeldern gewonnen werden, die sich u. a. in den Leitfadeninterviews abgezeichnet hatten. Neu integrierte Fragen zielten zudem darauf, Professionalisierungstendenzen bei bestehenden Gremien sowie Ursachen und Gründe für die Auflösung von Zusammenschlüssen zu erfassen. Des Weiteren sind die spezifischen Erkenntnisinteressen von DFK und NZK sowie der Landespräventionsräte berücksichtigt und ein Fragenblock zur Inanspruchnahme externer Unterstützungsangebote aufgenommen worden, um den Bedarf an Beratungsarbeit zu ermitteln.

Darauf aufbauend ist ein Fragebogen mit knapp 60 Fragen zu den vier Themenbereichen „Gremienstruktur und -organisation“, „Projektarbeit“, „Bewertung kommunaler Präventionsarbeit“ und „Unterstützungsangebote“ entwickelt worden. Die Programmierung der Befragung erfolgte anschließend mit der Umfrage-Software LimeSurvey. Diese ermöglicht, spezifische Filter und Routings einzubauen, wodurch nur die für das einzelne Gremium jeweils relevanten

⁶ Zieht man die „nicht-existenten“ und „unklaren“ Fälle ab und legt damit nur die aktiven und inaktiven Gremien zugrunde, steigt der Rücklauf entsprechend auf 49 %.

Fragen angezeigt und beantwortet werden konnten.⁷ Für den Pretest stellten sich dankenswerterweise die Präventionsräte der Kommunen Augsburg, Chemnitz, Dresden, Hannover und Mainz zur Verfügung. Deren Rückmeldungen ermöglichten es einzelne Fragen weiter zu konkretisieren. Nach Abschluss der Befragung wurden die erhobenen Daten bereinigt, in 600 Variablen aufbereitet, ausgewählte Häufigkeiten und statistische Zusammenhänge ermittelt, 21 Grafiken und eine Karte sowie ein Tabellenband mit 337 Kreuztabellen erstellt, der die Grundlage für die nachfolgende Ergebnisdarstellung bildet (vgl. Tabellenband⁸).⁹

⁷ So wurden zum Beispiel nur Netzwerken, die angaben, nicht mehr aktiv zu sein oder gegenwärtig zu ruhen, Fragen zu Gründen ihrer Auflösung gestellt, während aktive Gremien auf ihre Organisationsstruktur und Projektarbeit hin befragt wurden.

⁸ Ein umfangreicher Tabellenband ist als eigene Datei auf den Interseiten des DFK und NZK als Download verfügbar.

⁹ Bei der Betrachtung des Tabellenbandes ist zu berücksichtigen, dass die Fallzahlen in einzelnen Klassen zum Teil sehr niedrig sind, was ihre Aussagekraft einschränkt.

4. Ergebnisse

Verbreitung, Organisationstruktur und Ausstattung

Kernaussagen

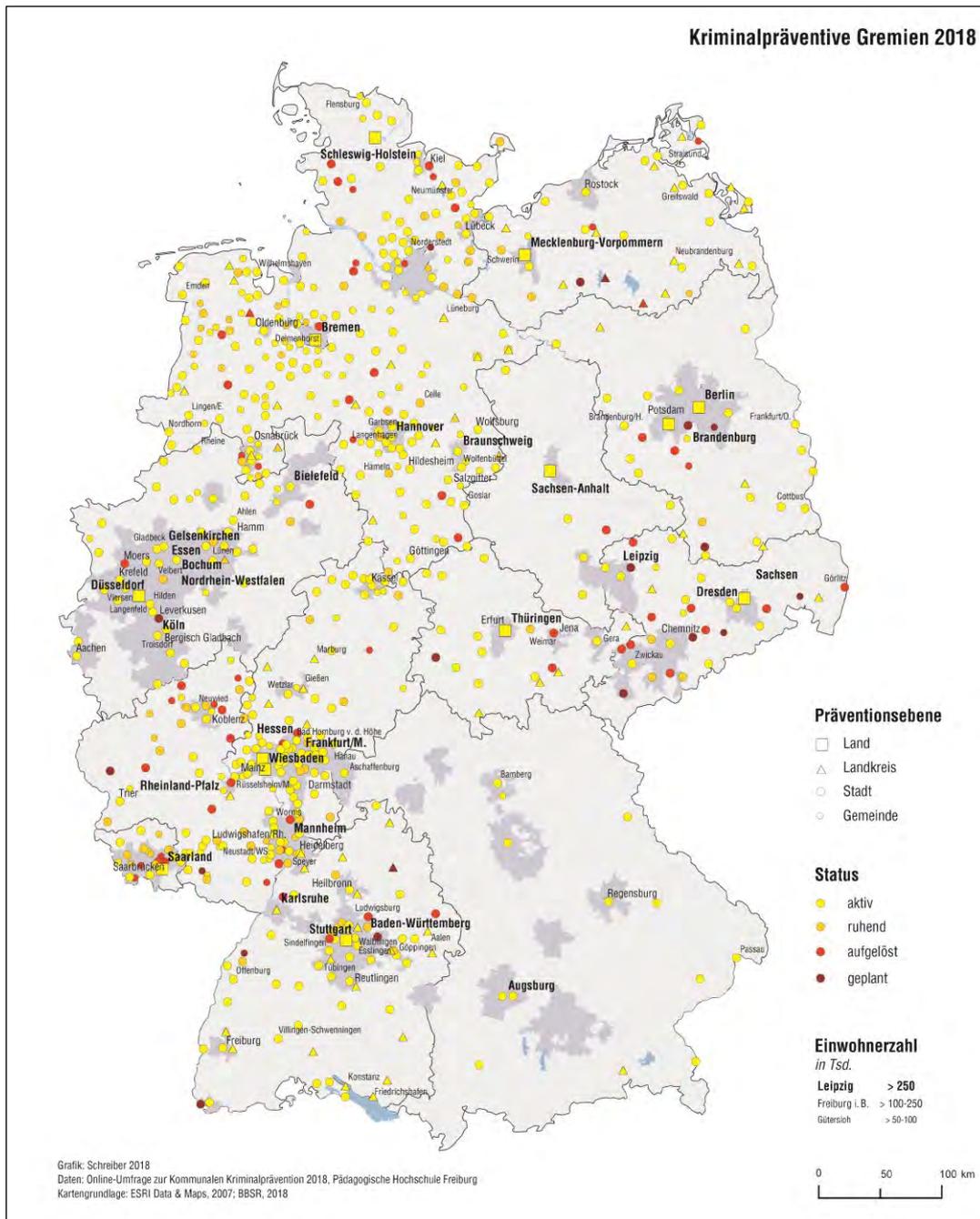
- Aktuell existieren in Deutschland knapp 600 Gremien. Das entspricht einem Rückgang an Zusammenschlüssen in den letzten zehn Jahren um etwa 40 %.
- Gremien mit mehrgliedrigem Aufbau steht mehr Personal für die hauptamtliche Geschäftsführung zur Verfügung, sie können häufiger als die anderen Zusammenschlüsse auf ein höheres Budget zurückgreifen und haben häufiger ein schriftliches Konzept für ihre Arbeit verfasst.
- Projektspezifisch- und lokal-agierenden Arbeitsgruppen und Stadtteilräten gelingt es deutlich stärker, unterschiedliche Institutionen und hierbei insbesondere lokale Akteure wie Schulen, Kindertagesstätten, Drogenberatung oder Seniorenbeiräte in ihre Arbeit einzubeziehen.
- Die Ausstattung mit Personalmitteln für die Gremienarbeit hat sich in den letzten zehn Jahren nicht merklich verbessert.
- Ein hohes Budget wirkt sich positiv auf die Aktivität in der Projektarbeit und die Bewertung der Effektivität der eigenen Arbeit aus.

Zum gegenwärtigen Zeitpunkt sind in Deutschland 593 Gremien aktiv (vgl. Abb. 3, Seite 18). Legt man die Zahlen von 2007 zugrunde, entspricht das einem Rückgang an Zusammenschlüssen in den letzten zehn Jahren um etwa 40 %.¹⁰ Was Dzierzon (2016) für Brandenburg beschreibt, bildet damit einen deutschlandweiten Trend ab. So erstreckt sich der Rückgang über nahezu alle Bundesländer, zum Teil um mehr als 50 % aller Gremien (Mecklenburg-Vorpommern, Rheinland-Pfalz und Saarland; Brandenburg, Nordrhein-Westfalen und Sachsen sogar > 60 %). Demgegenüber stehen Niedersachsen und Hessen, deren Gremienanzahl konstant geblieben ist sowie Thüringen, das sogar einen leichten Zuwachs verzeichnen kann.¹¹ Mehr als die Hälfte der gegenwärtig knapp 600 aktiven Gremien entfallen auf die Bundesländer Niedersachsen, Hessen und Baden-Württemberg, die auf Deutschland bezogen weniger als 25 % aller Gemeinden ausmachen (vgl. Abb. 4, Seite 19).

¹⁰ Hierbei ist zusätzlich zu bedenken, dass immerhin knapp 17 % der Gremien in der Umfrage angaben, sich erst nach 2010 gegründet zu haben und in der Erhebung von 2007 daher noch keine Berücksichtigung fanden. Der Anteil von Gremien, die 2007 bestanden haben und sich nunmehr aufgelöst haben, ist entsprechend höher anzunehmen.

¹¹ Bei dem Vergleich der Zahlen von 2007 und 2018 ist zu berücksichtigen, dass bei der aktuellen Umfrage die Datenqualität zusätzlich durch telefonische Nachfrage bei den Kommunen überprüft wurde und eine hohe Zahl an zwar gelisteten, aber vor Ort nicht-existenten Gremien identifiziert wurde. Es ist daher nicht auszuschließen, dass bereits 2007 ein Teil der gelisteten Gremien nicht existent war.

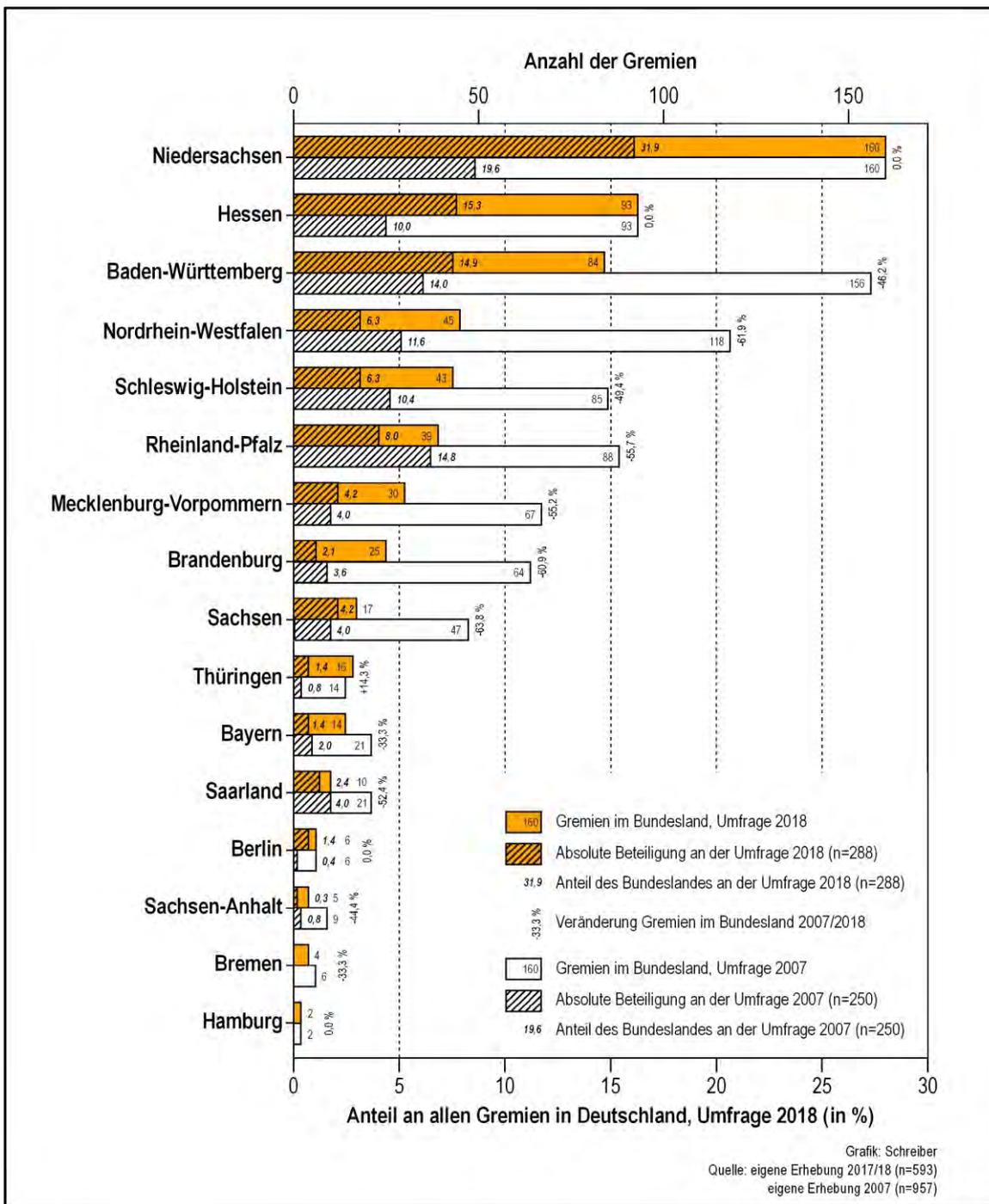
Abbildung 3: Kriminalpräventive Gremien in Deutschland 2018



Diese Verteilung wirkt sich auch auf die Beteiligung an der Umfrage aus: Die drei genannten Bundesländer stellen zusammengenommen über 60 % der Rückmeldungen aktiver Gremien bei der Umfrage. Einen Rücklauf von mehr als 50 % verzeichnen die Bundesländer Berlin (67 %), Niedersachsen (58 %), Rheinland-Pfalz (59 %), das Saarland (70 %) und Sachsen (71 %) – wenngleich die absolute Beteiligung aufgrund struktureller und geographischer Unterschiede der einzelnen Länder natürlich deutlich voneinander abweicht und gemeindestarke und flächenintensive Bundesländer in der Gegenüberstellung mit Ländern mit weniger Kommunen

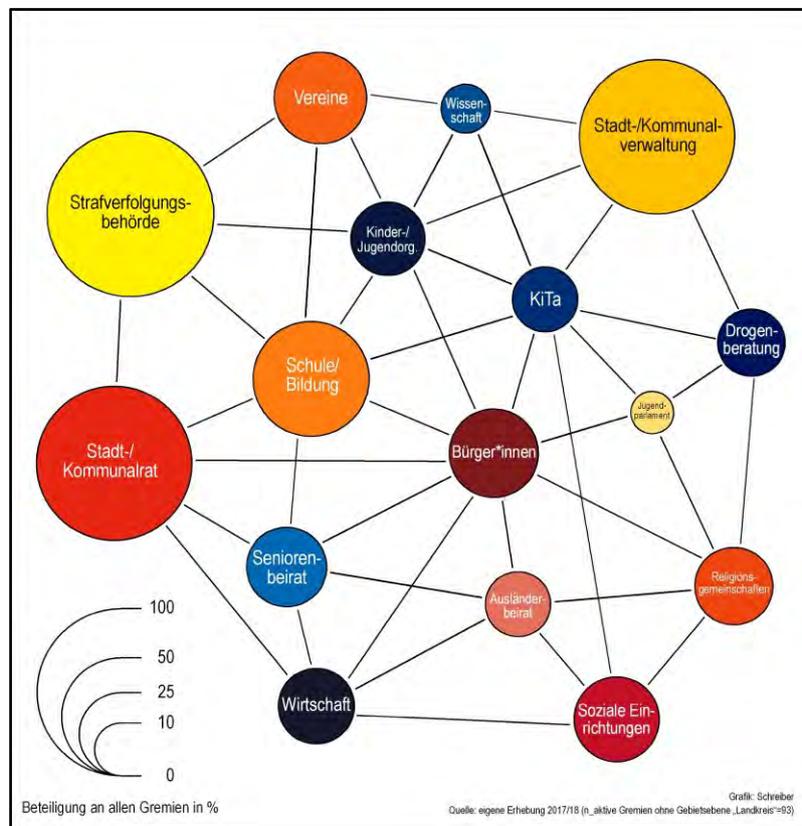
und Landkreisen vergleichsweise heraushebt. Bremen und Hamburg haben sich an der Umfrage nicht beteiligt. Der Großteil an Gremien (80 %) ist in Kommunen ab 10.000 Einwohner*innen aktiv bzw. richtet seine Arbeit auf eine Gebietsebene aus, die eine entsprechende Einwohnerzahl hat (z. B. Präventionsgremien auf Landkreisebene oder Stadtteilräte in großen Städten); diese Gemeindegröße weisen in Deutschland allerdings nur 15 % aller Kommunen auf.

Abbildung 4: Verbreitung lokaler Präventionsgremien und Beteiligung an der Umfrage



Es zeigt sich daher, dass Präventionsgremien weit überdurchschnittlich in mittleren und größeren Städten und Kommunen etabliert sind. Zudem agieren 62 Zusammenschlüsse auf Landkreisebene, 52 Gremien richten ihre Arbeit auf Stadtteilebene aus (vgl. Tab. 1.1 im Tabellenband). Von zentralem Interesse für die Fortschreibung der Bestandsaufnahme war nicht nur, wie sich die Anzahl und Verteilung der Gremien über die letzten Jahre entwickelt haben, sondern ob sich bei den bestehenden Zusammenschlüssen bedeutsame Veränderungen in der Struktur und Organisation ergeben haben und inwieweit sich hieraus Aussagen über eine Professionalisierung von Präventionsarbeit auf kommunaler Ebene treffen lassen. Zudem ist erstmals eine differenzierte Erfassung der Akteursverteilung hinsichtlich unterschiedlicher Organisationsformen möglich gewesen (vgl. Abb. 5, 6 und 7).

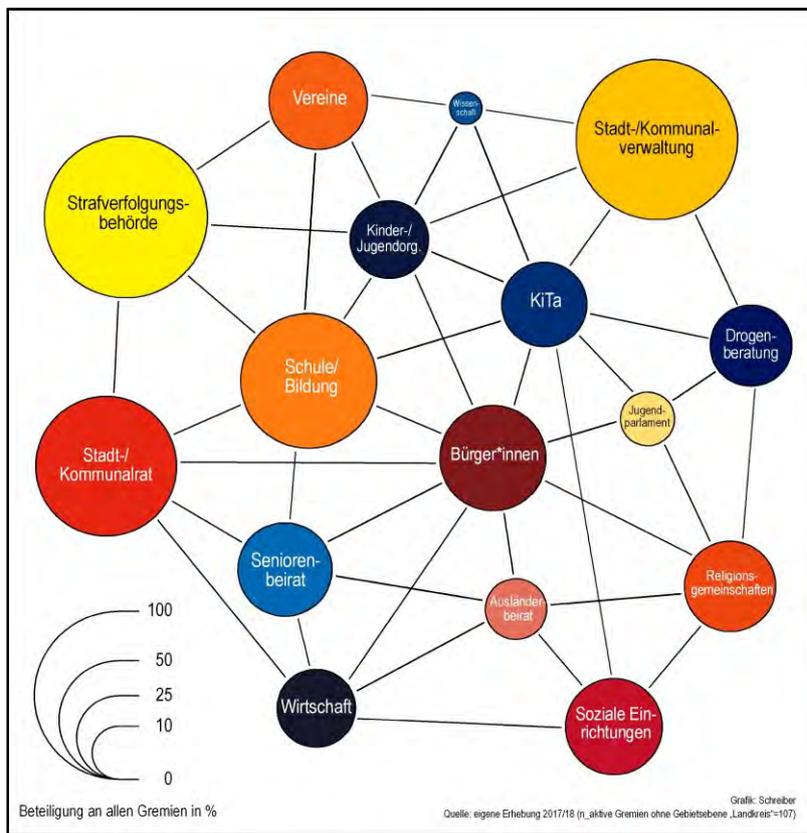
Abbildung 5: Zentrale Akteure lokaler Präventionsgremien in Lenkungsgruppen



Kommunale Präventionsgremien sind in Deutschland nach wie vor höchst unterschiedlich organisiert. Etwa ein Drittel der Zusammenschlüsse verfügt über eine zweigliedrige Struktur aus Lenkungsgremium und untergeordneten Arbeitskreisen und/oder Stadtteilgremien. Dieser mehrgliedrige Aufbau ist erwartungsgemäß stärker in größeren Kommunen verbreitet. Knapp die Hälfte der Gremien gab an, nicht in einer der vorgegebenen Formen organisiert zu sein. Es ist anzunehmen, dass es sich hierbei vor allem um Zusammenschlüsse ohne weitere Untergliederungen handelt. Die verbleibenden Zusammenschlüsse agieren entweder nur als Lenkungsgremium oder nur als Arbeitsgruppe (vgl. Tab. 6.1 im Tabellenband).

Unterschiedliche Organisationsformen zeigen einen deutlichen Zusammenhang zu Aspekten der Professionalisierung: Zusammenschlüssen mit mehrgliedrigem Aufbau steht mehr Personal für die hauptamtliche Geschäftsführung zur Verfügung, sie können häufiger als die kleineren Gremien auf ein höheres Budget zurückgreifen und haben häufiger ein schriftliches Konzept für ihre Arbeit verfasst.¹² Zudem unterscheiden sich die einzelnen Organisationsformen maßgeblich hinsichtlich ihres jeweiligen Akteursprofils: So gelingt es den projektspezifisch und sozialräumlich agierenden Arbeitsgruppen und Stadtteilräten deutlich stärker, unterschiedliche Institutionen in ihre Arbeit einzubeziehen und hierbei insbesondere Schulen, Kindertagesstätten, Drogenberatung, Seniorenbeiräte und weitere lokale Akteure zu versammeln, was sich in den Abbildungen 5-7 an ähnlichen Kreisgrößen zeigt.

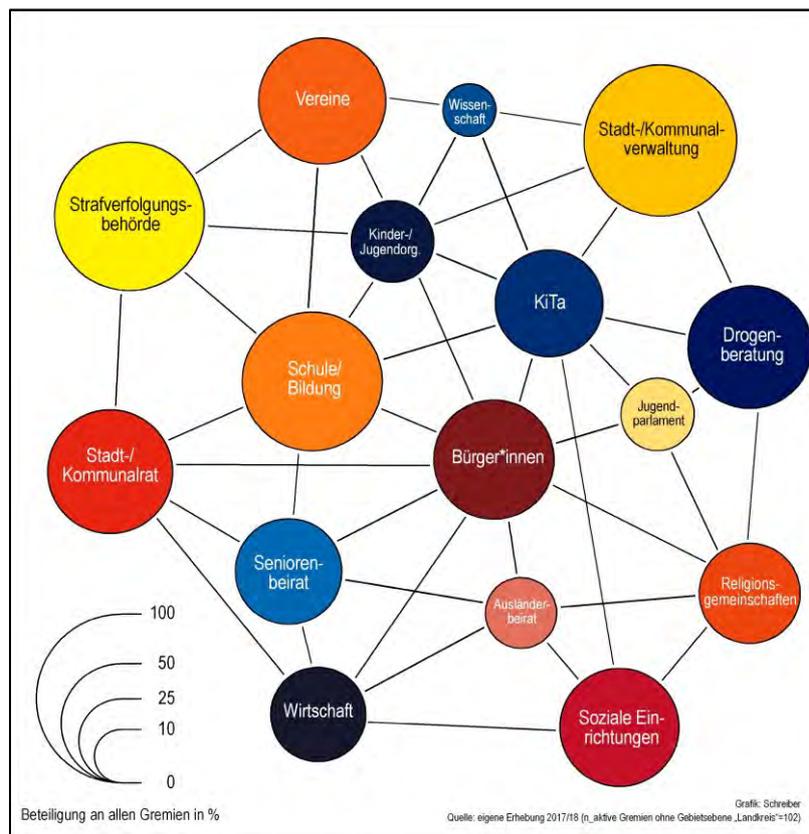
Abbildung 6: Zentrale Akteure lokaler Präventionsgremien mit anderer Organisationsstruktur (ohne Unterteilung in Lenkungsgruppe und Untergruppierung)



¹² Zur Berechnung der Variable „Grad der Professionalisierung“ vgl. Anmerkungen auf Seite 41.

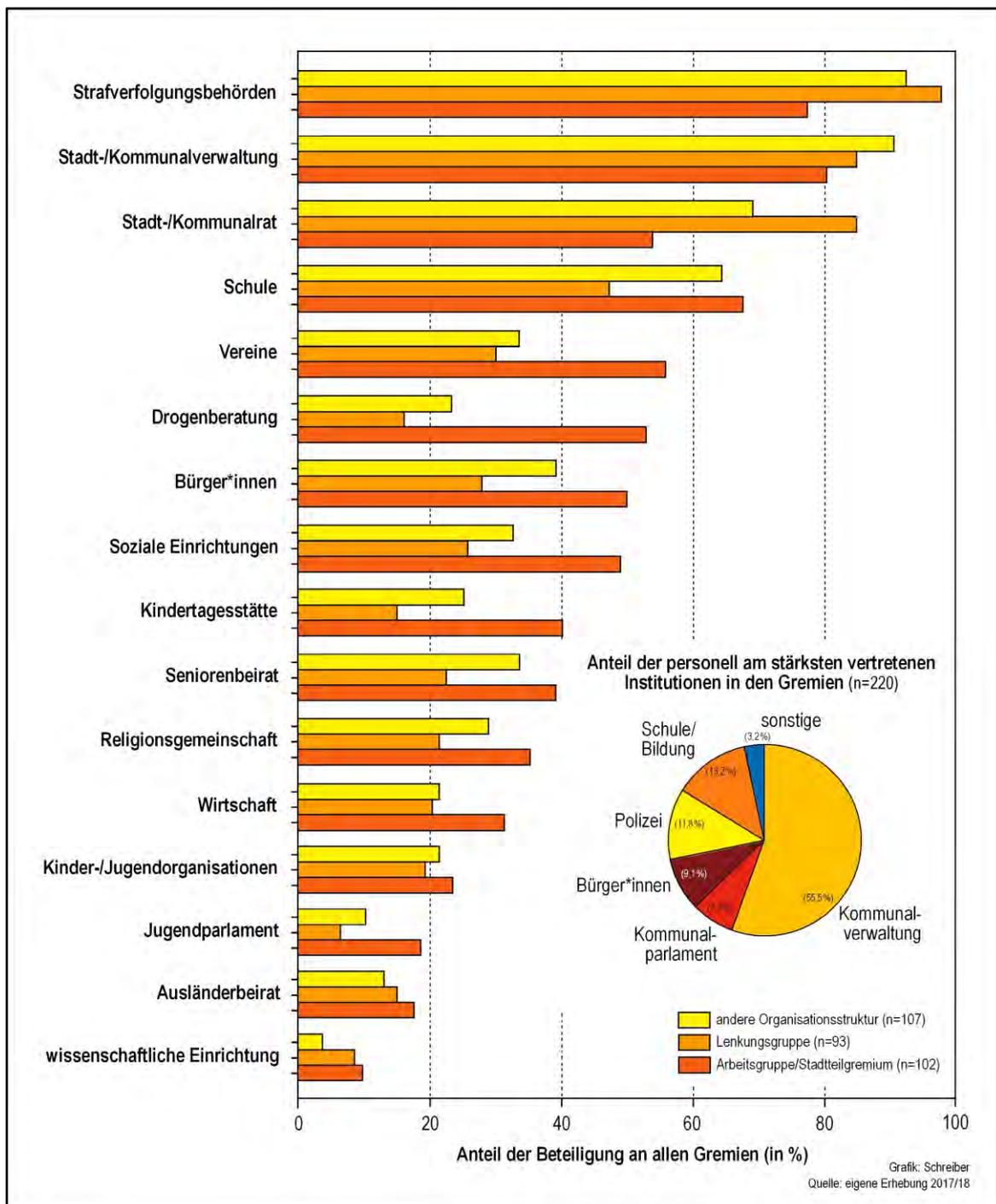
Sofern die Kreisgrößen stark variieren, deutet dies im Umkehrschluss auf eine Dominanz einzelner Institutionen in der Präventionsarbeit hin. Dahingegen sind in den Lenkungsgruppen zum Beispiel auffällig häufiger die Strafverfolgungsbehörden, die Stadt-/Kommunalverwaltung und der Stadt-/Kommunalrat vertreten als etwa das Jugendparlament. Zusammenschlüsse ohne weitere Untergliederungen nehmen hier eine Mittelstellung ein. Besonders interessant ist an dieser Stelle auch, dass die Bewertung der Effektivität der eigenen Arbeit häufig in Zusammenhang mit der Beteiligung bestimmter, nahräumlich agierender, Akteursgruppen steigt. So wirkt sich bei den projektspezifisch und sozialräumlich agierenden Arbeitsgruppen und Stadtteilräten insbesondere die Mitarbeit von sozialen Einrichtungen, Vereinen, Schulen, Ausländerbeirat etc. positiv aus, während andere Gruppen wie zum Beispiel die Strafverfolgungsbehörden oder der Stadt-/Kommunalrat einen geringen oder gar einen negativen Einfluss auf die Bewertung nehmen. Bei den beiden anderen Organisationsformen zeigt sich ein diffuseres Bild, bei dem mal örtliche, mal überörtliche Institutionen bedeutsam sind (vgl. Tab. 17.1.1.1-17.3.16.2 im Tabellenband).

Abbildung 7: Zentrale Akteure lokaler Präventionsgremien in Arbeitsgruppen/Stadtteilgremien



Im Hinblick auf die personelle Zusammensetzung der einzelnen Gremien zeigt sich im Vergleich zu 2007 eine leichte Verschiebung. So ist der Anteil an Gremien insgesamt rückläufig, in dem die Stadt-/Kommunalverwaltung (56 %) oder das Stadt-/Kommunalparlament (7 %) die stärkste Gruppe stellen. Hingegen gibt es immer mehr Gremien, in denen Bürger*innen (9 %), die Strafverfolgungsbehörden (12 %) oder gar die Schulen (13 %) die Mehrheit bilden (vgl. Abb. 8). Anders sieht es aus, wenn man zwischen Lenkungsgruppen und projektspezifisch- und lokal-agierenden Arbeitsgruppen und Stadtteilräten unterscheidet: Während in den Len-

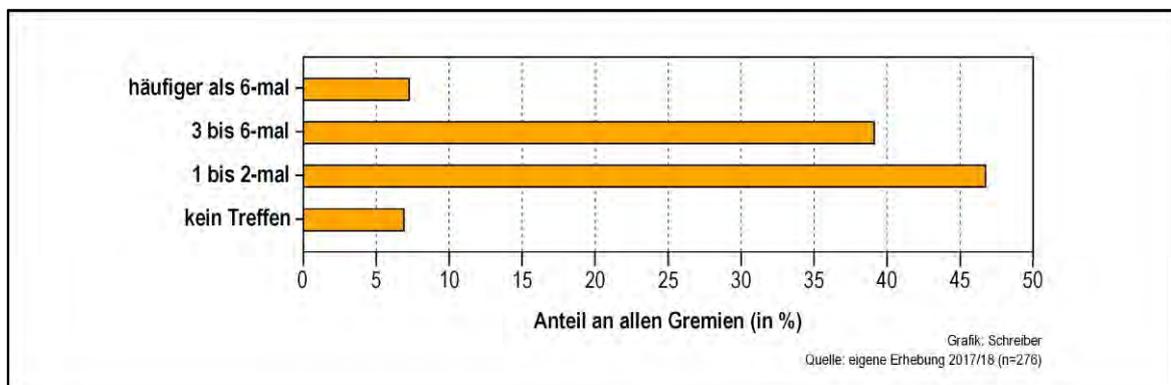
Abbildung 8: Beteiligte Institutionen in lokalen Präventionsgremien



kungsgruppen der Anteil von Mitgliedern aus der Stadt-/Kommunalverwaltung steigt, legen im Umkehrschluss in den Arbeitsgruppen und Stadtteilräten insbesondere die Gruppen der Bürger*innen und Schulen merklich zu (vgl. Tab. 20.1 im Tabellenband). Nur ein vergleichsweise geringer Anteil (14 %) meldet zurück, dass wichtige Akteure in ihrem Gremium fehlen würden. Wenn das der Fall ist, werden meistens Vertreter*innen der Schulen genannt.

Insgesamt kommen in den Gremien mehrheitlich max. 20 Personen zusammen. Im Vergleich zu 2007 sind jedoch die Anteile an Zusammenschlüssen gestiegen, in denen entweder weniger als zehn Personen arbeiten oder mehr als 20. Auch treffen sich die Gremien wie bereits vor zehn Jahren mehrheitlich ein bis zwei Mal im Jahr, ein Großteil auch zwischen drei und sechs Mal (vgl. Abb. 9).

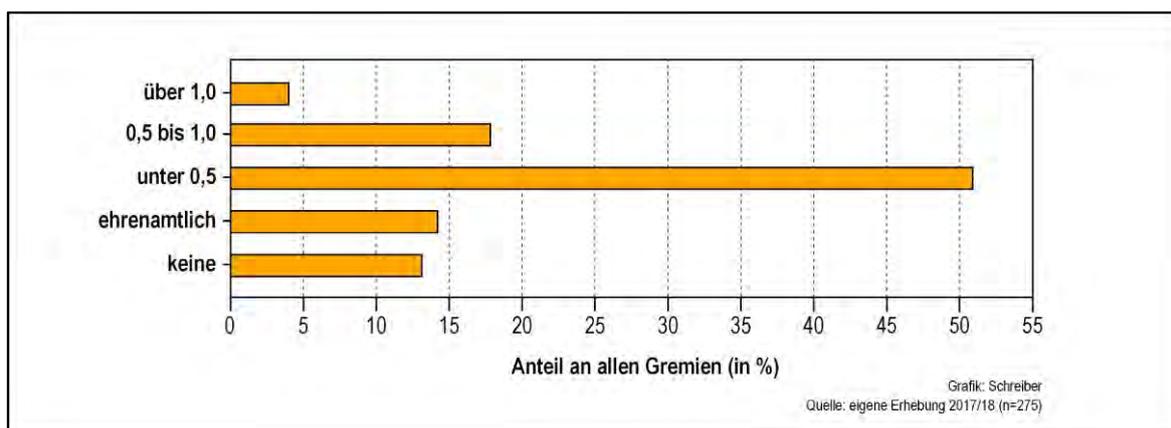
Abbildung 9: Anzahl der Treffen im letzten Jahr



Es gab jedoch auch 19 Zusammenschlüsse, die sich, obwohl sie ihren Status als aktiv angegeben haben, in den letzten zwölf Monaten kein einziges Mal getroffen hatten.

Auch wenn Gremien mit mehrgliedrigem Aufbau auf mehr Personal zurückgreifen können, darf dies nicht darüber hinweg täuschen, dass drei Viertel der Zusammenschlüsse überhaupt keine hauptamtlichen Personalkapazitäten oder lediglich ein geringer Stellenanteil zur Verfügung steht (vgl. Abb. 10). Je nach Organisationform verstärkt sich dieser Zusammenhang noch (bei Vereinen, Ordnungspartnerschaften und Bürgerinitiativen steigt der Anteil an Zusammen-

Abbildung 10: Personalkapazitäten für die hauptamtliche Gremienarbeit

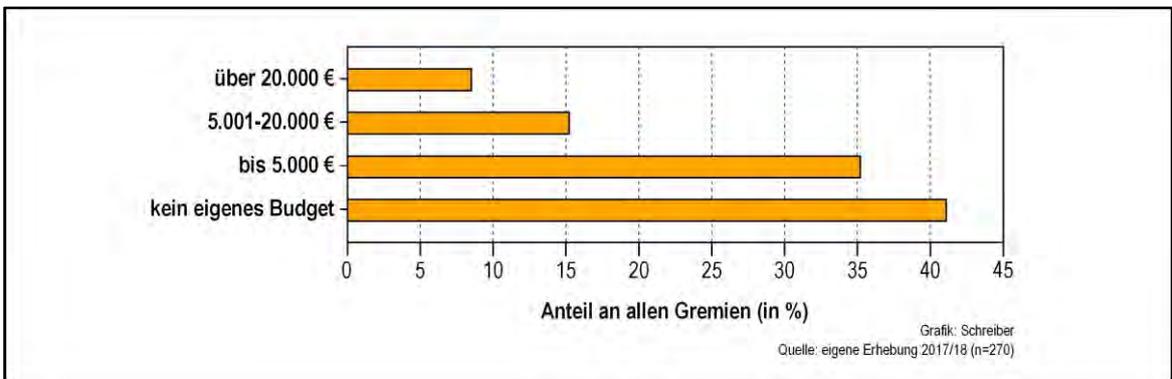


schließen, die auf gar kein hauptamtliches Personal zurückgreifen können).

Da die durchschnittlichen Zahlen nahezu deckungsgleich mit den Ergebnissen von 2007 sind (vgl. Schreiber 2007, S. 35 und 80), muss davon ausgegangen werden, dass sich die Ausstattung mit Personalmitteln für die Gremienarbeit in den letzten zehn Jahren nicht merklich verbessert hat. Gleichzeitig wirkt sich eine bessere Ausstattung mit Personal positiv auf die Bewertung der Effektivität der Präventionsarbeit aus. Gremien, die auf mehr als eine halbe Stelle für die hauptamtliche Geschäftsführung zurückgreifen können, bewerten ihre Arbeit deutlich besser als Zusammenschlüsse, die mit wenig oder gar ohne Personal auskommen müssen. Auch eine ehrenamtliche Leitung zeigt ähnlich positive Effekte, die im Übrigen häufiger in kleineren Kommunen anzutreffen ist. In Städten mit mehr als 100.000 Einwohner*innen stehen vergleichsweise häufiger Stellen ab einem Umfang von 50 % zur Verfügung. Aktuell werden die Personalmittel für die Geschäftsführung nahezu ausschließlich von der Kommunalverwaltung gestellt. An diese ist das Gremium auch mehrheitlich angebunden, in der Regel an das Ordnungsamt. Andere Mittelgeber, zum Beispiel Fördervereine, spielen bei der Finanzierung von Personal bislang kaum eine Rolle.

Noch deutlicher als die Ausstattung mit Personal nimmt allerdings das Budget auf die Bewertung der Effektivität der eigenen Arbeit Einfluss (vgl. Abb. 11).

Abbildung 11: Verfügbares Jahresbudget

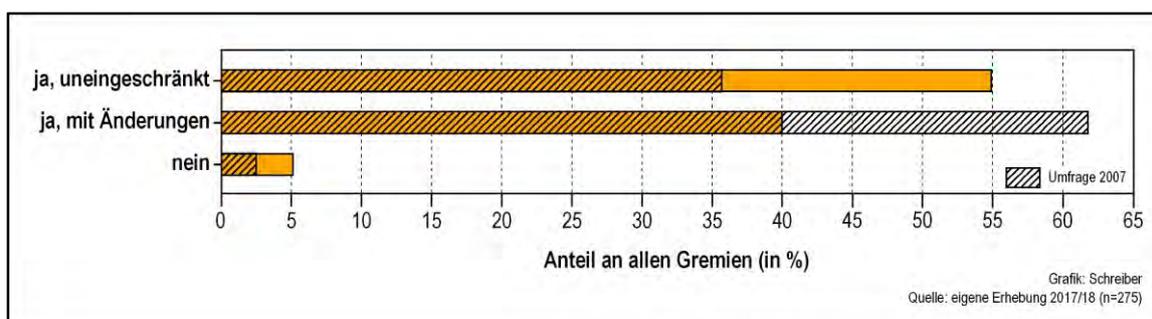


Hier gaben sich die Gremien, die über mehr als 20.000 € im Jahr verfügen können (8,5 %), im Mittel die Note 2,0, während Zusammenschlüsse, die über kein Budget verfügen (41 %), ihre Arbeit nur mit 2,8 bewerteten. Ein höheres Budget wirkt sich außerdem positiv auf die Aktivität bei der Projektarbeit aus, das heißt finanziell gut aufgestellte Gremien führen mehr Projekte durch, treffen sich häufiger und sind in die einzelnen Projektschritte intensiver eingebunden. Ob die finanziellen Mittel für die kommunale Präventionsarbeit in den letzten zehn Jahren aufgestockt wurden, lässt sich aus der Umfrage leider nicht beantworten, da für 2007 keine Vergleichswerte vorliegen. Grundsätzlich gilt, dass je größer die Kommune ist, umso mehr Geld zur Verfügung gestellt wird (vgl. Tab. 9.1 im Tabellenband). Die Mittel für die Projekte werden bei der Hälfte der Gremien aus dem Kommunalhaushalt und je nach Anbindung des Gremiums zumeist aus den Ordnungs-, seltener aus den Jugend- oder Sozialämtern gestellt. Zu

einem geringen Teil fließen auch Fördermittel (z. B. aus dem Bundesprogramm „Demokratie leben“), Spendengelder, Mitgliedsbeiträge oder Bußgelder in die Finanzierung ein.

Insgesamt lässt sich festhalten, dass der Anteil an Gremien, die ihre Organisationsform uneingeschränkt empfehlen würden, im Vergleich zu 2007 um 20 % gestiegen ist (vgl. Abb. 12).¹³ Wer dies nicht tut, wünscht sich für das eigene Gremium häufig eine mehrgliedrige Struktur aus Lenkungs- und Arbeitsgruppe/n sowie eine Umstrukturierung hinsichtlich der Zuständigkeit der Ämter für die Kommunale Kriminalprävention. Den Zielsetzungen der eigenen Arbeit würde jedes fünfte Netzwerk besser entsprechen können, wenn eine hauptamtliche Stelle für die Kriminalprävention zur Verfügung stünde. Zusammenschlüsse, die nicht als Kriminalpräventiver Rat organisiert sind, konnten sich dieses Modell als geeignete alternative Struktur vorstellen. Eine gewisse Ratlosigkeit zeigt sich bei einem Fünftel der Netzwerke, die ihre Organisationsform nicht empfehlen würden, aber auch keine Vorstellung davon haben, wie ein alternatives Modell aussehen könnte.

Abbildung 12: Empfehlung der Organisationsform des eigenen Gremiums



¹³ Der Zugewinn kann allerdings auch als ein statistischer Effekt der Einstellung der Arbeit vieler „erfolgreicher“ Gremien in den letzten zehn Jahren interpretiert werden und bedeutet daher nicht zwangsläufig, dass sich die Gremienorganisation und -ausstattung bei den gegenwärtig aktiven Zusammenschlüssen verbessert haben muss.

Inhaltliche Arbeit

Kernaussagen
<ul style="list-style-type: none">▪ Für einen Großteil der Gremien sind in den letzten Jahren neue Aufgabenfelder hinzugekommen.▪ Die Gruppe der projektspezifisch und sozialräumlich agierenden Arbeitskreise und Stadtteilräte weist den höchsten Aktivitätsgrad bei der Projektarbeit auf.▪ Ein Drittel der sich als aktiv einstufoenden Gremien führte im vergangenen Jahr kein Projekt durch.▪ Die Projekte konzentrieren sich nach wie vor größtenteils auf die Zielgruppe der Kinder und Jugendlichen.▪ Nur ein vergleichsweise geringer Anteil an Netzwerken weist einen hohen Professionalisierungsgrad bei der Projektarbeit auf, d. h. leitet die Aktivität aus amtlichen Daten ab, greift bei der Konzeption/Durchführung auf überprüfte Programme und Arbeitsmethoden zurück und definiert bzw. überprüft konkrete Ziele.▪ Für die Konzeption und Durchführung von Projekten spielen „interne“ Aspekte der Gremienarbeit eine größere Rolle als extern entwickelte Arbeitsmethoden oder die „objektive“ Kriminalitätslage.

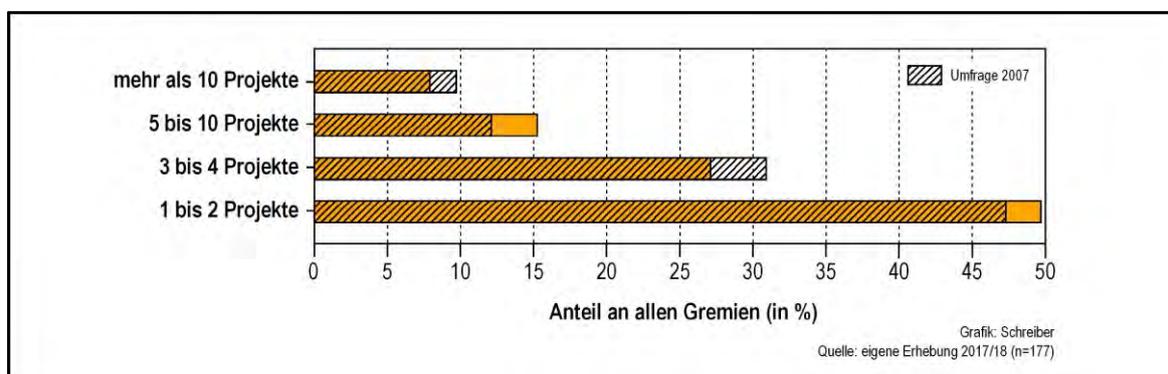
Ein zentrales Anliegen der Studie war, Informationen über aktuelle inhaltliche Schwerpunkte und Vorgehensweisen bei der Projektarbeit einzuholen und zu ermitteln, inwieweit sich diese in den vergangenen zehn Jahren verändert haben. Hierfür wurde zunächst erfasst, ob sich für die Kommunen gegenwärtig neue sicherheitspolitische Herausforderungen stellen, die auch in den Interviews angesprochen wurden, und wenn ja, ob etwaige Veränderungen Einfluss auf den Umfang und die Ausrichtung der Projektarbeit sowie die Polizeipräsenz vor Ort nehmen. Überraschend war zunächst, dass etwa drei Viertel der gegenwärtig aktiven Gremien die Rückmeldung gaben, dass in ihrem Wirkungsbereich das Kriminalitätsaufkommen in den letzten Jahren gleich hoch geblieben sei bzw. sogar zugenommen habe. Bei Gremien, die einen hohen und mittleren Grad an Aktivität¹⁴ aufweisen, sich also regelmäßig treffen, Projekte durchführen und in die einzelnen Projektschritte auch maßgeblich eingebunden sind, sinkt dieser Anteil, was auf eine wirkungsvolle Präventionsarbeit vor Ort hindeuten kann. Entsprechend des unveränderten oder gar gestiegenen Kriminalitätsaufkommens (nach Einschätzung der Gremien) sind für den allergrößten Teil der Zusammenschlüsse (83 %) auch keine Problemfelder weggefallen, vielmehr kamen bei jedem zweiten Gremium weitere hinzu. Am häufigsten werden hier Herausforderungen bei der Integration von Geflüchteten, Drogenmissbrauch und ein mangelndes Sicherheitsgefühl im öffentlichen Raum genannt; Jugendkriminalität, Wohnungseinbrüche sowie Internetkriminalität sind für einige Gremien ebenfalls als neue Einsatzfelder hinzu gekommen, wenn auch in geringerem Umfang. Gremien, in deren Wir-

¹⁴ Zur Berechnung der Variable „Grad der Aktivität“ vgl. die Anmerkungen auf Seite 40.

kungsbereich Problemfelder wegfielen, nannten größtenteils dieselben Bereiche, wenn auch mit veränderter Gewichtung (Jugendkriminalität wird hier am häufigsten genannt, gefolgt von Sicherheitsgefühl im öffentlichen Raum).¹⁵ Auch hier zeigt sich erneut ein Zusammenhang zu ausgewählten Aspekten der Professionalisierung der Gremienarbeit: Zusammenschlüsse, die über mehr finanzielle Mittel und Personal verfügen, melden häufiger zurück, dass einzelne Problemfelder weggefallen seien, was wiederum auf eine erfolgreiche Arbeit der Gremien hinweisen kann. Bei einem Fünftel der befragten Kommunen wurde die Polizeipräsenz in den letzten drei Jahren verstärkt, vor allem in größeren Kommunen, bei etwa gleich vielen jedoch auch abgebaut.

Hinsichtlich der Anzahl an Projekten und ihrer inhaltlichen Ausrichtung zeigen sich im Vergleich zu 2007 nur leichte Veränderungen. Weiterhin führt ein Drittel aller Gremien, die sich als aktiv einstufen, überhaupt keine Projekte durch, die übrigen setzten mehrheitlich eine bis zwei Aktivitäten im letzten Jahr um (vgl. Abb. 13). Im Vergleich zu den übrigen Organisationsformen weist die Gruppe der projektspezifisch und sozialräumlich agierenden Arbeitskreise und Stadtteilräte den höchsten Aktivitätsgrad bei der Projektarbeit auf. Die Durchführung von Projekten wirkt sich dabei ganz unmittelbar auf die Bewertung der eigenen Arbeit aus: So verbessert sich diese sehr deutlich mit zunehmender Projektanzahl (von Note 2,58 [1-2 Projekte] bis zu Note 1,86 [> 10 Projekte], vgl. Tab. 30.2 im Tabellenband).

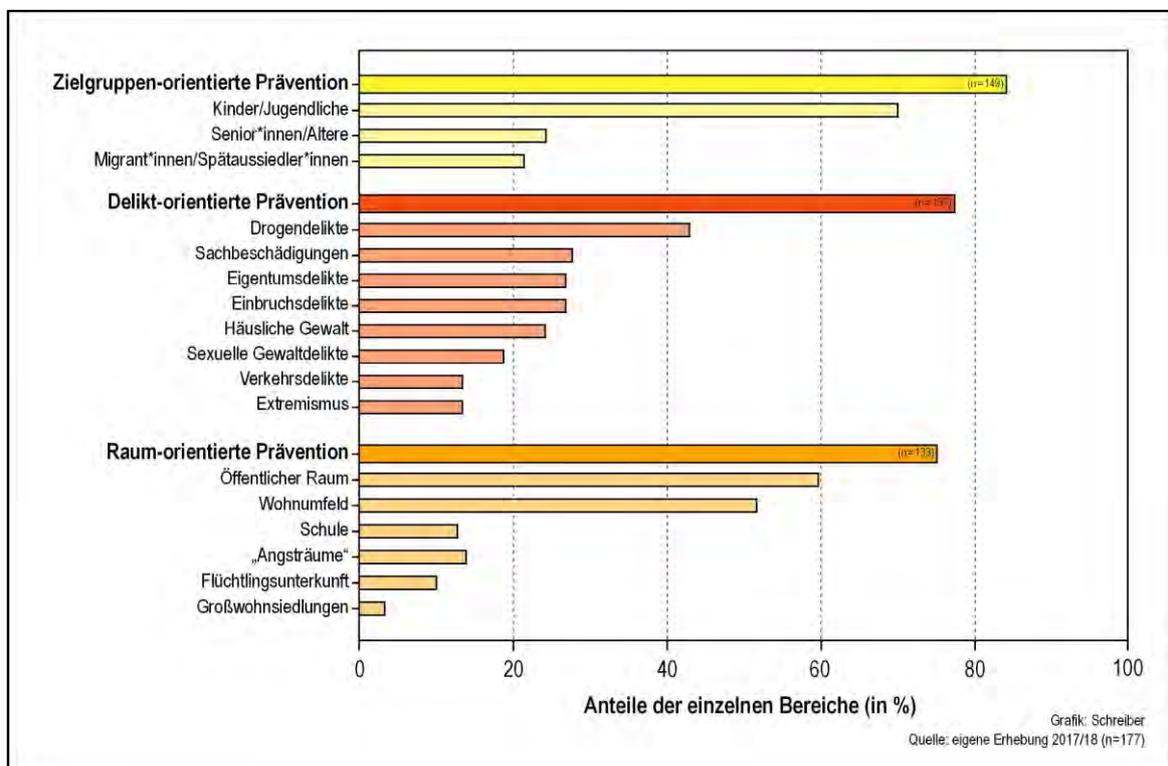
Abbildung 13: Anzahl der Projekte in den letzten zwölf Monaten



¹⁵ Zu den weggefallenen Problemfeldern wurden keine separaten Kreuztabellen erstellt, da die Fallzahlen zu gering waren.

Die Projekte des letzten Jahres konzentrieren sich nach wie vor größtenteils auf spezifische Zielgruppen und hierbei insbesondere auf Kinder und Jugendliche; deutlich weniger auf Senior*innen oder Menschen mit Migrationshintergrund, obwohl gleichzeitig die Herausforderung mit Geflüchteten als das umfänglichste neue Problemfeld genannt wurde. Sonstige Zielgruppen, wie Eltern, Familien, Frauen oder Männer werden kaum explizit genannt. Bei der delikt-orientierten Prävention stehen häufig Drogenvergehen im Fokus. Sofern ein räumlicher Zugriff gewählt wird, konzentrieren sich die Projekte auf das Wohnumfeld (häufig die Schule) und den öffentlichen Raum (vgl. Abb. 14). Typisch sind Kombinationen aus den drei Präventionsfeldern, z. B. ein Präventionsprojekt mit Kindern und Jugendlichen zum Thema Drogen an Schulen.

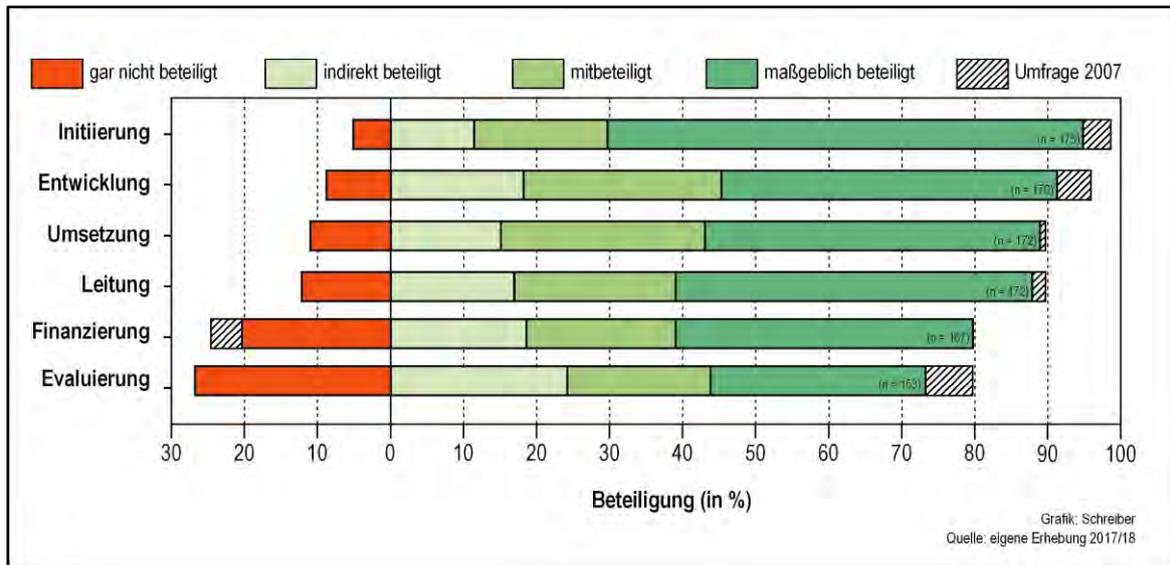
Abbildung 14: Bereiche lokaler Präventionsarbeit



Verglichen mit 2007 ist die Beteiligung der Gremien an den einzelnen Arbeitsschritten des Projekts leicht zurückgegangen: Die Zusammenschlüsse wirken heute weniger an der Projektinitiierung, -umsetzung und -evaluierung mit, als es noch vor zehn Jahren der Fall war.

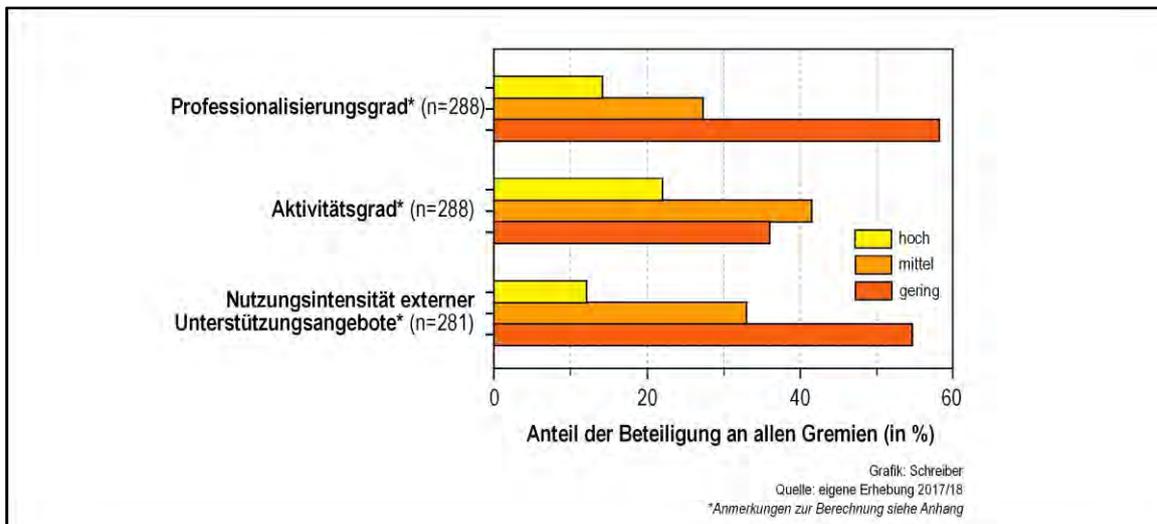
Eine Ausnahme bildet die Projektfinanzierung, in welche die Gremien nunmehr stärker einbezogen sind (vgl. Abb. 15, S. 30), mit Ausnahme der Gremien, die über kein Budget verfügen können. Dieser Rückgang muss nicht zwingend als ein Kompetenzverlust in der Projektarbeit gedeutet werden, sondern kann gleichermaßen für eine Professionalisierung sprechen, indem zum Beispiel verstärkt auf etablierte Programme zurückgegriffen wird, was etwa die Entwicklung neuer Projekte weitgehend hinfällig macht.

Abbildung 15: Beteiligung der Gremien an den einzelnen Schritten der Projektarbeit



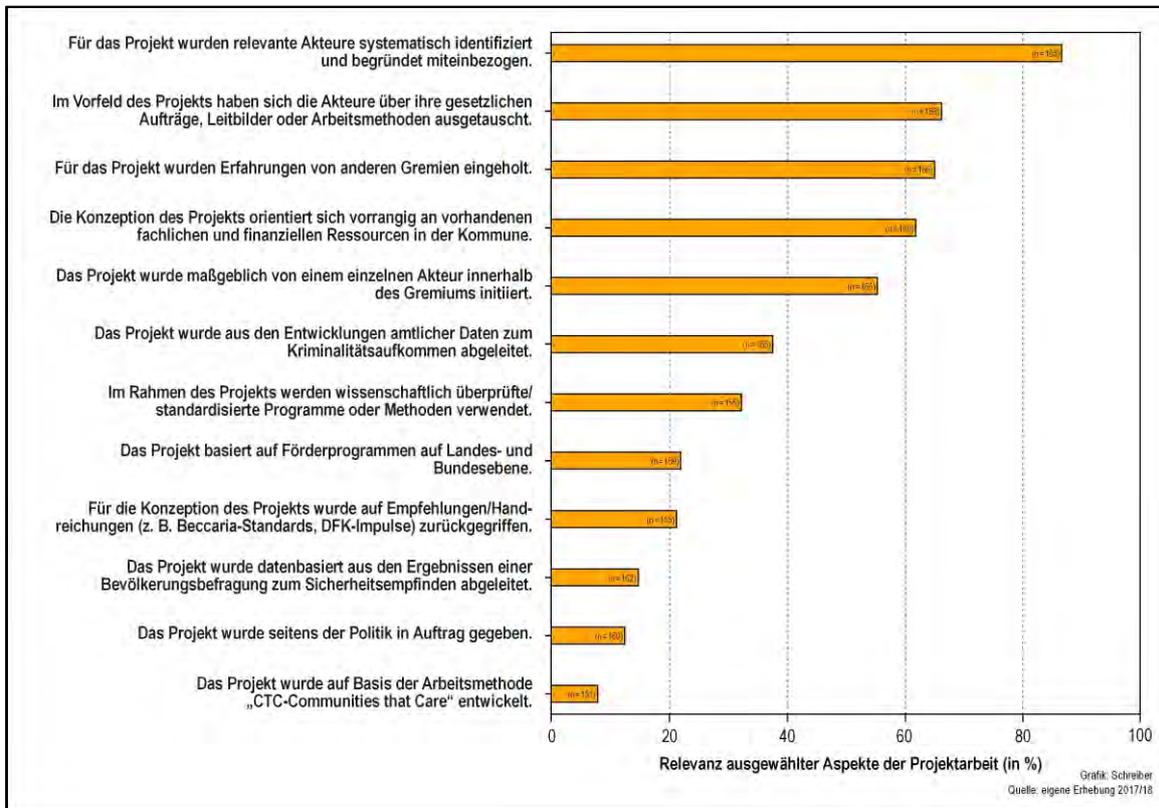
Mit der Befragung sollten schließlich Informationen darüber eingeholt werden, inwiefern sich die Projektarbeit in den letzten Jahren insgesamt professionalisiert hat (vgl. Abb. 16). Zu diesem Zweck wurde zum einen erfasst, ob die jeweiligen Aktivitäten aus den amtlichen Daten zum Kriminalitätsaufkommen oder aus Ergebnissen von Bevölkerungsbefragungen zum Sicherheitsempfinden abgeleitet wurden und ob bei der Konzeption und Durchführung auf wissenschaftlich überprüfte Programme und Arbeitsmethoden oder einschlägige Handreichungen zurückgegriffen wurde (vgl. Abb. 17, S. 31). Zum anderen wurde erfragt, ob für das Projekt vorab konkrete Ziele definiert und diese nach Durchführung auch überprüft wurden. Diese Aspekte zusammengenommen, weist nur ein vergleichsweise geringer Anteil (knapp 15 %) an Netzwerken einen hohen Professionalisierungsgrad¹⁶ bei der Projektarbeit auf.

Abbildung 16: Ausgewählte Indizes der Gremienarbeit



¹⁶ Zur Berechnung der Variable „Grad der Professionalisierung“ vgl. Anmerkungen auf Seite 41.

Abbildung 17: Relevanz ausgewählter Aspekte der Projektarbeit



Hierunter sind Gremien, die in Kommunen mit mehr als 100.000 Einwohner*innen tätig sind sowie Zusammenschlüsse mit mehrgliedriger Struktur und projektspezifisch agierenden Arbeitsgruppen deutlich stärker vertreten. Die Mehrzahl der Zusammenschlüsse (ca. 60 %) erfüllen diese Kriterien jedoch nicht oder nur sehr bedingt. So definieren beispielsweise nur knapp 65 % der Gremien im Vorfeld eines Projekts überhaupt Ziele, die wiederum auch nur bei zwei Dritteln überprüft werden (vgl. Tab. 33-34 im Tabellenband).

Beide Aspekte wirken sich in etwa gleichem Ausmaß positiv auf die Bewertung der eigenen Arbeit aus. Die rückgemeldeten Ziele variieren dabei zwischen differenzierten Formulierungen einzelner Projektschritte (insbesondere wenn auf etablierte Programme zurückgegriffen wird), die grundsätzlich auch überprüfbar sind (z. B. „Erhebung aktueller Daten zu Risiko- und Schutzfaktoren im Gemeinwesen“ oder „Etablierung von Konfliktschlichtern und Einrichtung einer Stelle gegen Mobbing für die weiterführenden Schulen“) und vergleichsweise unspezifischen Nennungen allgemeiner Ziele kommunaler Präventionsarbeit (z. B. „Schutz von Kindern und Jugendlichen“, „Prävention durch Aufklärung“ oder „Förderung von Toleranz“). Auch die Überprüfungsformen sind dementsprechend von sehr unterschiedlicher Qualität und reichen von Fragebogen gestützten Evaluationen und Abgleichen mit der Kriminalstatistik über Feedback-Gespräche bis hin zu lediglich subjektiven Beobachtungen. Eine Überprüfung der Projektziele mithilfe der Kriminalstatistik findet vor allem in Städten mit höheren Einwohnerzahlen statt. Kleinere Kommunen überprüfen ihre Ziele häufiger mithilfe subjektiver Beobachtungen. Wenn sich Projekte auf Kinder und Jugendliche beziehen, werden gerne Feedback-

Gespräche mit den unterschiedlichen Akteursgruppen an Schulen geführt oder Rückmeldungen von beteiligten Erzieher*innen eingeholt.

Weitere Hinweise auf Professionalisierungstendenzen wurden darüber hinaus durch einen Vergleich ausgewählter Aspekte der Projektarbeit gewonnen. Jeweils mehr als 60 % der Gremien geben an, dass für das Projekt systematisch relevante Akteure identifiziert und miteinbezogen (hier sogar über 80 %) und Erfahrungen von anderen Gremien eingeholt wurden, sich die beteiligten Akteure im Vorfeld über ihre jeweiligen spezifischen gesetzlichen Aufträge, Leitbilder oder Arbeitsmethoden ausgetauscht hätten, sich die Konzeption des Projekts allerdings vorrangig an vorhandenen fachlichen und finanziellen Ressourcen in der Kommune orientiere. Mit deutlichem Abstand folgt die Berücksichtigung von amtlichen Daten zum Kriminalitätsaufkommen oder von Bevölkerungsumfragen zum Sicherheitsempfinden. Erst ein vergleichsweise geringer Anteil der Netzwerke entwickelt seine Projekte auf Basis der Arbeitsmethode „CTC – Communities that Care“ oder greift auf einschlägige Empfehlungen und Handreichungen (z. B. Beccaria-Standards, DFK Impulse) zurück. Für die Konzeption und Durchführung von Projekten spielen interne Aspekte der Gremienarbeit folglich eine weitaus größere Rolle als extern entwickelte Arbeitsmethoden oder die „objektive“ Kriminalitätslage (vgl. Abb. 17, S. 31).

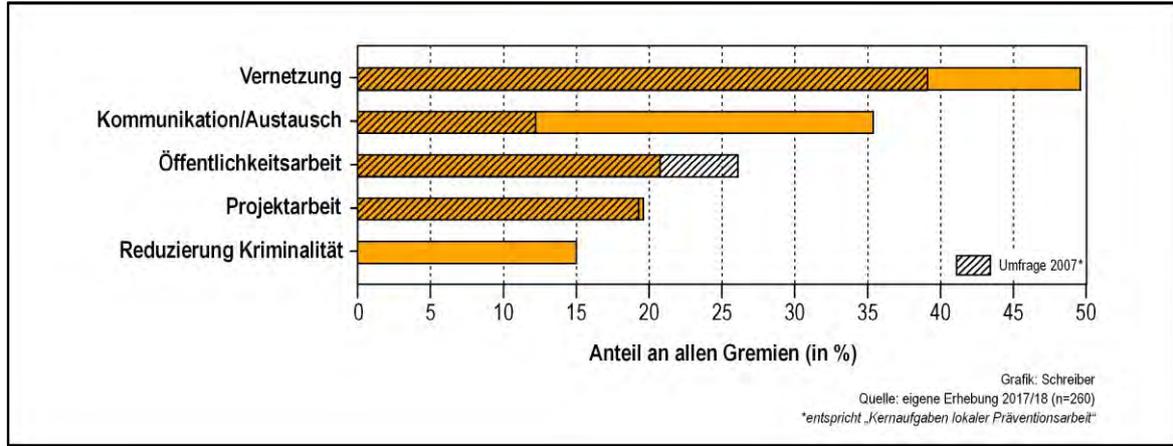
Erfolge und Scheitern

Kernaussagen

- Die Gremien sehen ihren zentralen Nutzen in der Vernetzung. Am wenigsten zufriedenstellend beurteilen sie ihre Projektarbeit.
- Als Gründe für ihre Auflösung oder die gegenwärtige Einstellung der Arbeit nennen die Netzwerke fehlende personelle, finanzielle und zeitliche Ressourcen, Umstrukturierungen (insbesondere in Folge von Wahlen) und Überführungen in andere Organisationsformen, fehlende Motivation sowie auch die Erübrigung ihres Handlungsfelds.
- Die Problemfelder aktiver Gremien decken sich in vielen Punkten mit den Gründen, die zur Auflösung von Netzwerken geführt haben.
- Bei den bestehenden Zusammenschlüssen fallen viele Probleme nicht mehr so stark ins Gewicht wie noch vor zehn Jahren oder sie haben sich auf einem niedrigeren Niveau verstetigt.

Unabhängig von der konkreten Projektarbeit der Gremien ging die Studie auch der Frage nach, worin die Netzwerke ihren zentralen Nutzen sehen und welche Ziele ggf. noch nicht erreicht wurden – auch wenn diese Organisationsform seit nunmehr über 25 Jahren besteht. Grundsätzlich zeigt sich, dass sich die beiden Bereiche weitgehend überschneiden, d. h. dass Aufgaben, für welche sich die Gremien zuständig fühlen, häufig noch nicht in dem erhofften Maße erreicht wurden. In der Überschneidung mag auch die Begründung dafür liegen, dass die Frage nach den nicht erreichten Zielen von wesentlich weniger Gremien beantwortet wurde als die Frage nach dem zentralen Nutzen.

Abbildung 18: Zentraler Nutzen des Gremiums

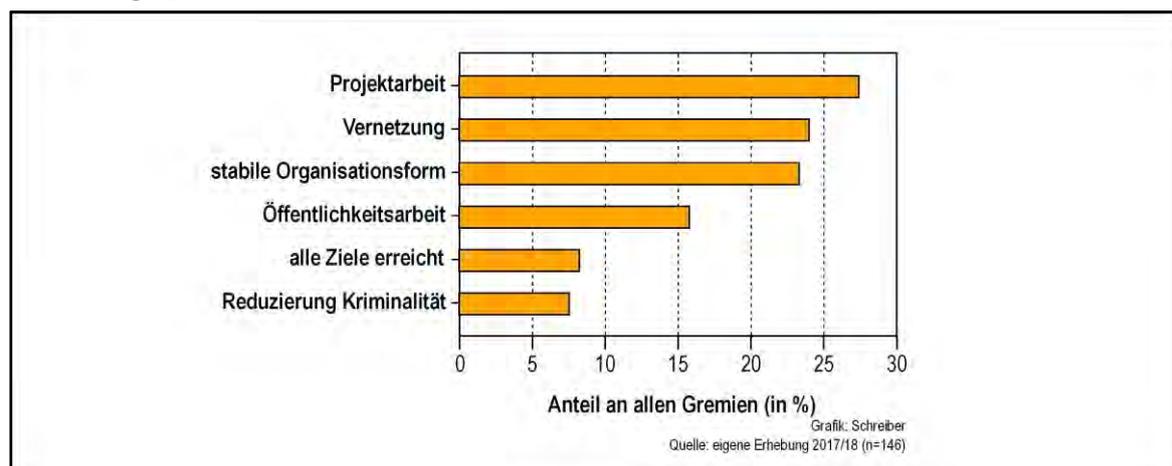


Ihre wichtigste Aufgabe sehen die Zusammenschlüsse, wie auch schon in der Studie von 2007, in der institutionellen Vernetzung unterschiedlicher Akteure und nicht etwa darin, durch ihre Tätigkeiten unmittelbar Kriminalität zu reduzieren (vgl. auch van den Brink 2015, S. 7 f.).

Nimmt man den Bereich „Kommunikation/Austausch“ hinzu, fällt das Ergebnis noch deutlicher aus (vgl. Abb. 18, S. 33).¹⁷ Obwohl die Projektarbeit erst an vierter Stelle rangiert, ist sie gleichzeitig der Aufgabenbereich, der am häufigsten als noch nicht zufriedenstellend beurteilt wird (vgl. Abb. 19). Hier bemängeln die Netzwerke unter Rückblick auf ihre Projekte der letzten Jahre einerseits, dass die von ihnen entwickelten Maßnahmen nicht wie geplant umgesetzt werden konnten (z. B. „gemäß den Beccaria-Standards arbeiten“) und andererseits, dass damit gesteckte konkrete Ziele (z. B. ein Rückgang der Einbruchsdelikte, Rückgang von Schulverweider*innen etc.) nicht erreicht wurden. Knapp ein Viertel der Gremien steht noch vor der Herausforderung eine stabile Organisationsform zu finden, beispielsweise einen „offiziellen Präventionsrat mit festen Strukturen und Etat“ einzurichten. Auch im Hinblick auf Öffentlichkeitsarbeit bemängeln einige Gremien, dass ihr „Bekanntheitsgrad in der Bevölkerung trotz einer Vielzahl von Veranstaltungen im Laufe von 20 Jahren noch nicht so hoch“ sei, wie gewünscht. Nur ein vergleichsweise geringer Anteil an Netzwerken (9 %) meldet allerdings auch zurück, dass „in allen Aktionsfeldern Verbesserungen der bestehenden Verhältnisse erwirkt“ und die gesteckten Ziele somit auch erreicht wurden.

Während es bei der Erhebung von 2007 noch vorrangig darum ging, erstmals einen systematischen Überblick über die deutsche Gremienlandschaft und die Projekte vor Ort zu gewinnen – also die zum damaligen Zeitpunkt bestehende Präventionsarbeit abzubilden –, rückten bei der aktuellen Umfrage auch Gremien in den Fokus, die ihre Tätigkeit seitdem wieder eingestellt haben. An der Umfrage haben sich 91 aktuell ruhende oder mittlerweile aufgelöste Gremien beteiligt, die nach den Ursachen und Gründen der Einstellung ihrer Arbeit befragt wurden. Zu weiteren 89 inaktiven Gremien konnten Informationen im Rahmen der Telefonbefragung eingeholt werden.

Abbildung 19: nicht erreichte Ziele des Gremiums

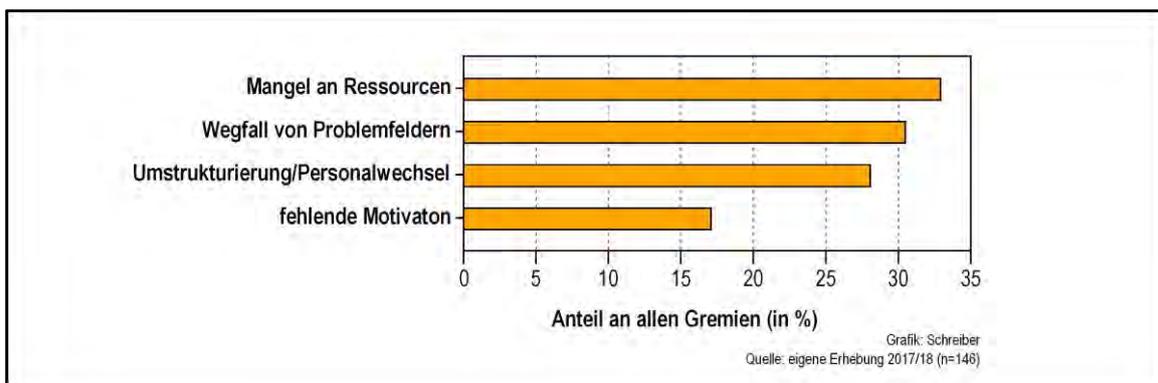


¹⁷ In Abb. 18 (S. 33) wurden die Werte der Befragung 2017/18 (zentraler Nutzen) mit den Werten der Umfrage 2007 (Kernaufgaben lokaler Präventionsarbeit) vergleichend dargestellt. Dabei ist zu berücksichtigen, dass es sich in 2007 um einen anderen Fragetyp gehandelt hat, was die Vergleichbarkeit einschränkt.

Als Gründe für die Auflösung und Inaktivität werden vor allem vier Aspekte angeführt, die sich zum Teil überschneiden (vgl. Abb. 20).¹⁸ 33 % der Gremien, die nicht mehr aktiv sind, bemängeln erstens, dass zu wenig personelle, finanzielle und zeitliche Ressourcen zur Verfügung gestanden hätten. So schildert eine Teilnehmerin der Befragung, dass „Projektarbeit viel Zeit und Engagement benötigt, die man nicht neben dem Alltagsgeschäft bewältigen will bzw. kann. An einer Sitzung teilzunehmen ist sicherlich kein Problem, aber federführend eine Projektgruppe zu leiten, die Vor- und Nachbereitung von Sitzungen und Umsetzungen von Empfehlungen und Beschlüssen etc. ist eine zeitintensive zusätzliche Aufgabe“, für die neben der hauptamtlichen Tätigkeit nicht genügend Zeit bestünde. Andere wiederum berichten von Personaleinsparungen oder Personalabgang ohne Ersatz der bisherigen Gremiumsmitglieder.

Mehr als ein Viertel der Zusammenschlüsse hat zudem zweitens in Folge von Umstrukturierungen ihre Arbeit eingestellt. Hierin zeigt sich sehr deutlich, dass lokale Präventionsarbeit häufig mit dem Engagement zentraler Akteure steht und fällt. So berichten mehrere Kommunen davon, dass infolge von Kommunalwahlen und damit einhergehenden Personalwechseln in der Leitungsebene (insbesondere Bürgermeister*in) kein Handlungsbedarf mehr gesehen wurde oder vormals zuständige Personen für Präventionsarbeit versetzt bzw. mit anderen Aufgaben betraut wurden.

Abbildung 20: Gründe für die Auflösung und Inaktivität der Gremien



In anderen Gemeinden bedingte ein Politikwechsel, dass die ursprünglich ausschließlich mit kriminalpräventiven Themen betrauten Arbeitskreise anderen Fachgremien (z. B. Jugendhilfekreis) zugeordnet wurden. Hierin zeigt sich auch eine qualitative Verschiebung in der Präventionsarbeit, die von dem enger formulierten Ziel der Kriminalitätsreduzierung Abstand nimmt und auf die anfänglich kurz hingewiesen wurde. So ist der Rückgang an Gremien im Besonderen nicht zwangsläufig mit einem Rückgang kommunaler Präventionsarbeit im Allgemeinen gleichzusetzen: Eine Kommune gibt zum Beispiel die Rückmeldung, dass ihr knapp zehn Jahre existierender „Kriminalpräventiver Rat“ Mitte der 2000er-Jahre durch eine andere Organisa-

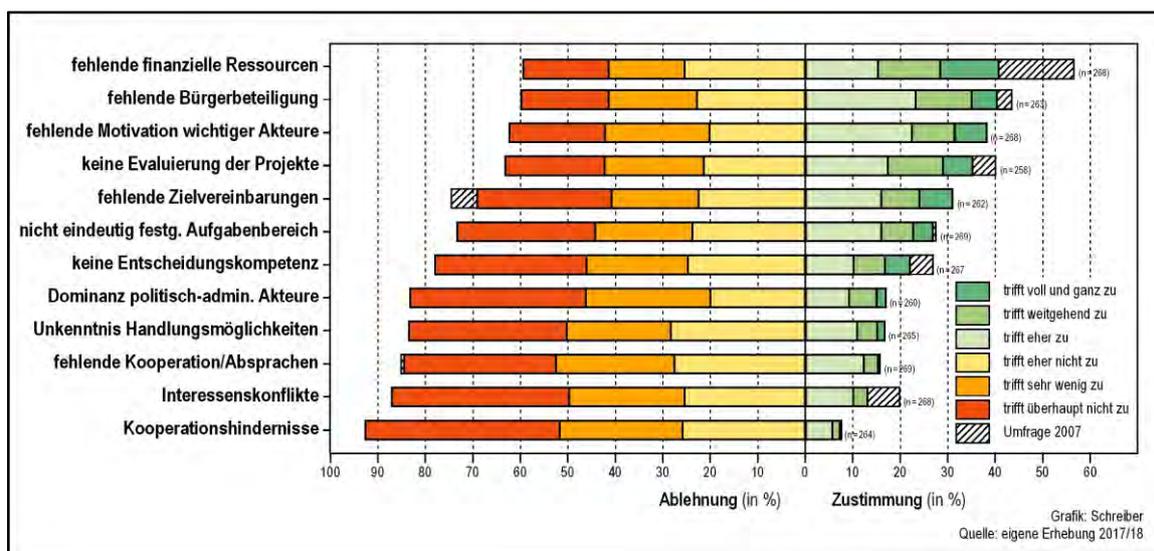
¹⁸ Aufgrund einer fehlerhaften Berechnung wurden im Beitrag für die forum kriminalprävention (Septemberausgabe 2018) die Werte zu den Gründen für die Inaktivität/Auflösung der Gremien jeweils um ca. 50 % zu hoch angegeben. Auf die Diskussion der unterschiedlichen Auflösungsgründe und den Vergleich mit Problemfeldern gegenwärtig aktiver Gremien nimmt dies jedoch keinen Einfluss.

tionsform („Gemeindekonferenz“) abgelöst wurde, die sich seitdem in einzelnen Arbeitskreisen u. a. den Themen „Familie“, „Jugend“ und „Integration“ widme. Auch andere Rückmeldungen weisen auf ähnliche strukturelle Veränderungen und eine Überführung der starren Organisationsform des „Präventionsrats“ in kleinere Arbeitsgruppen hin, die sich mit unterschiedlichen Themen befassen.

Knapp ein Fünftel der ehemaligen Gremien sieht des Weiteren drittens eine fehlende Motivation dafür ausschlaggebend, dass die Gremienarbeit derzeit ruht oder es letztlich zur Auflösung kam. Zum Beispiel gab eine Kommune die Rückmeldung, dass sich lediglich „zu einem reinen Informationsaustausch ein bis zwei Mal im Jahr“ getroffen wurde, „wenn es aber darum geht, Arbeitsgruppen zu bestimmten Themen zu bilden und inhaltlich intensiver einzusteigen, bleiben die meisten weg“. Andere ehemalige Gremien berichten, dass nach erfolgreichen Jahren „zuletzt kreative Ideen und neue Impulse“ fehlten und sich die Arbeit „zunehmend auf den Vortrag von Zahlen, Daten und Fakten beschränkt“ hätte.

Vergleicht man diese Aussagen mit den Problemen, die sich aktiven Netzwerken in ihrer aktuellen Arbeit stellen, fallen zwei Zusammenhänge ins Auge: Einerseits decken sich die Problemfelder aktiver Gremien (vgl. Abb. 21) in zahlreichen Punkten mit den Gründen, die zur Auflösung vieler Gremien oder der gegenwärtigen Einstellung der Tätigkeit geführt haben. Andererseits lässt sich allerdings auch beobachten, dass bei den bestehenden Zusammenschlüssen viele Probleme nicht mehr so stark ins Gewicht fallen wie noch vor zehn Jahren oder sich auf einem niedrigen Niveau verstetigt haben (beispielsweise fehlende finanzielle Ressourcen, keine Evaluierungen, keine Entscheidungskompetenz, Interessenskonflikte, mangelnde Motivation, unklarer Aufgabenbereich, Dominanz politisch-administrativer Akteure etc.).

Abbildung 21: Probleme in der Gremienarbeit



Eine Ausnahme bilden „fehlende Zielvereinbarungen“, welche die Gremienarbeit gegenwärtig häufiger beeinträchtigen, als es noch 2007 der Fall war. Die vermehrte Nennung deutet gleichzeitig auf eine höhere Sensibilität seitens der Netzwerke bzgl. der Notwendigkeit der

Verständigung über konkrete Ziele in der Präventionsarbeit hin. „Fehlende Zielvereinbarungen“ an dieser Stelle decken sich allerdings auch mit den oben dargestellten Befunden zur Projektarbeit, für welche nur etwa 65 % der aktiven Gremien Ziele definieren. Eine Erklärung für den umfänglichen Rückgang hinsichtlich der Problemfelder kann neben einer verbesserten Gremienarbeit auch im Wegfall ebenjener Netzwerke liegen, deren Auflösung eine Folge der benannten Probleme ist.

Ein vierter Aspekt bricht schließlich mit der Vorstellung, dass alle aufgelösten Gremien auch gescheitert sein müssen. Immerhin jedes dritte ehemalige Netzwerk meldet zurück, dass Problemfelder, die den Anlass zur Gründung des Gremiums bildeten, mittlerweile weggefallen seien und sich die Arbeit des Netzwerks, zumindest im Moment, erübrig hätte. So existierten für mehrere Netzwerke, die gegenwärtig ruhen, zurzeit keine konkreten örtlichen Handlungsfelder in ihrer Kommune. Die Arbeit würde jedoch bei „akutem Bedarf“ oder bei „gravierenden Vorfällen“ wieder aufgenommen.

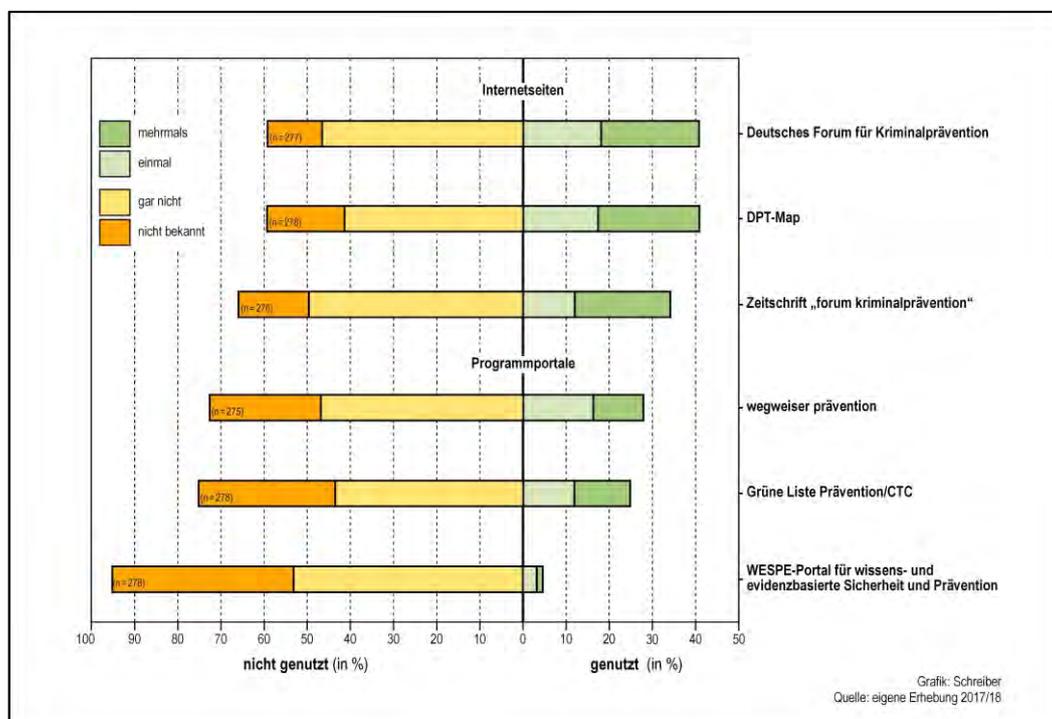
Inanspruchnahme und Nachfrage externer Unterstützungsangebote

Kernaussagen	
<ul style="list-style-type: none"> ▪ Viele Informationsportale werden noch nicht umfänglich genutzt oder sind den Gremien zum Teil auch gar nicht bekannt. ▪ Wichtige Bezugspunkte für die eigene Arbeit bilden vor allem der Austausch mit anderen Präventionsgremien sowie die jeweiligen Landespräventionsräte. ▪ Seitens der Netzwerke besteht Bedarf an Unterstützungsangeboten in den Bereichen der Maßnahmenentwicklung und -durchführung sowie beim Wissensaustausch und bei der Wissensvermittlung. 	

Das DFK und NZK, die Landespräventionsräte und viele weitere Institutionen bieten eine ganze Reihe an Informationsportalen an, bei denen Unterstützung für die konkrete Arbeit vor Ort eingeholt werden kann (u.a. Zeitschrift „forum kriminalprävention“, „wegweiser prävention“, „DPT-Map“, „Grüne Liste Prävention/CTC“, „WESPE – Portal für wissens- und evidenzbasierte Sicherheit und Prävention“).

Gegenstand der Befragung war daher, inwieweit diese Angebote wahrgenommen und genutzt werden. Tatsächlich haben die einzelnen Angebote nur jeweils max. 40 % der Gremien

Abbildung 22: Nutzung von Informationsportalen¹⁹

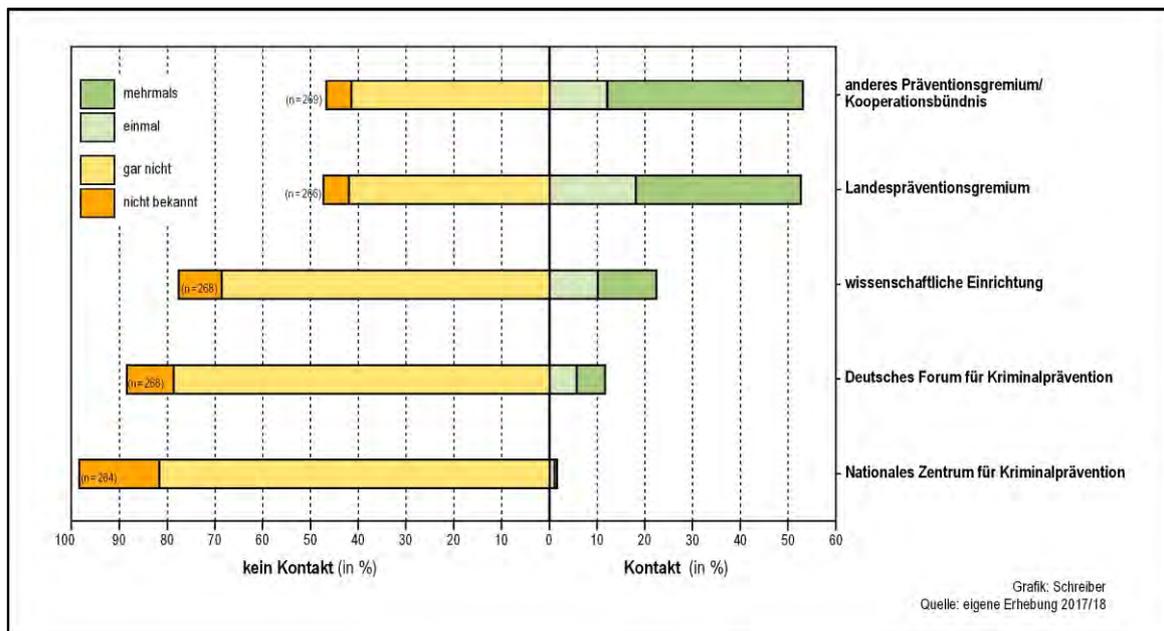


¹⁹ Das Programmportal WESPE ist erst im Befragungszeitraum Anfang 2018 veröffentlicht worden, wodurch sich die vergleichsweise niedrige Nutzungsquote erklärt.

im letzten Jahr in Anspruch genommen (vgl. Abb. 22, S. 38).²⁰

Entsprechend blieben die Informationsportale von einem Großteil der Gremien ungenutzt oder sind diesen sogar überhaupt nicht bekannt. Auch hier zeigt sich ein Zusammenhang zur Ausstattung der Netzwerke: Zusammenschlüsse, die personell und finanziell besser aufgestellt sind, weisen eine höhere Nutzungsintensität von externen Unterstützungsangeboten auf als Netzwerke, die nur auf wenig Personal und Budget zurückgreifen können. Folglich erreicht das Angebot noch nicht diejenigen Gremien, die aufgrund ihrer geringeren Ausstattung an Ressourcen möglicherweise den höchsten Bedarf hätten. Wichtige Bezugspunkte für die eigene Arbeit bilden vor allem andere Präventionsgremien sowie die jeweiligen Landespräventionsräte. Zu letzteren nehmen mehr als die Hälfte aller Gremien ein- oder mehrmals im Jahr Kontakt auf. Etwa gleich viele Zusammenschlüsse tauschen sich in diesem Umfang auch mit anderen Präventionsgremien über ihre Arbeit aus (vgl. Abb. 23).

Abbildung 23: Kontakt zu anderen Institutionen

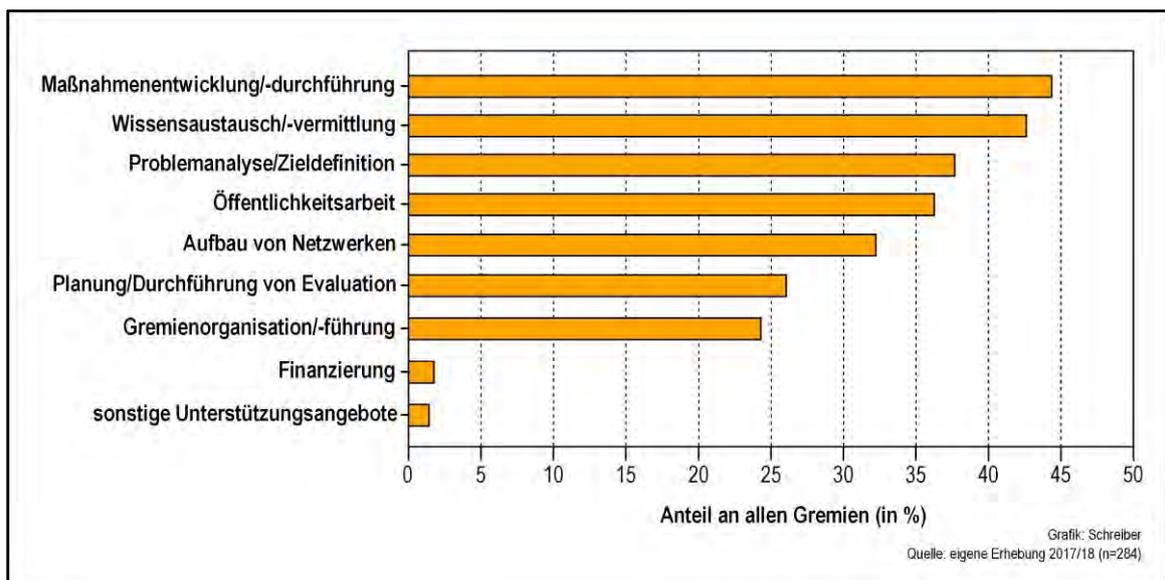


Wesentlich seltener werden das DFK oder NZK kontaktiert. Unabhängig von der jeweiligen Institution zeigt sich, dass die Problematik (sofern man den Kontakt zu den Netzwerke überhaupt verstärken möchte), nicht darin liegt, dass die Institutionen nicht bekannt wären, sondern dass an diese trotz Bekanntheit nicht herangetreten wird.

²⁰ Weitere Informationsportale, die von den Gremien im vergangenen Jahr genutzt wurden, in der Darstellung aufgrund geringer Fallzahlen aber nicht mit aufgeführt wurden, sind etwa die Homepages der lokalen oder regionalen Verwaltungen sowie die Portale der Polizei. Vereinzelt werden auch die Bundeszentrale für gesundheitliche Aufklärung (www.bzga.de), das Deutsch-Europäische Forum für Sicherheit e.V. (www.defus.de) und die Präventive Unterstützung für Integrations-Initiativen (www.pufii.de) genannt.

Insgesamt trat eine deutliche Diskrepanz zwischen der Inanspruchnahme bestehender Angebote und der Nachfrage nach Unterstützung zu Tage. So zeigt zwar mehr als die Hälfte der Gremien großes Interesse an einer Unterstützung im Bereich der Maßnahmenentwicklung und -durchführung sowie beim Wissensaustausch und bei der Wissensvermittlung (vgl. Abb. 24). Gleichzeitig ist die Nutzungsintensität externer Unterstützungsangebote bei mehr als der Hälfte der Netzwerke sehr gering (vgl. Abb. 16, S. 30), d. h. sie haben keinerlei Informationsportale genutzt oder Kontakt zu anderen Institutionen aufgenommen. Hier gibt es folglich Potential für den Wissenstransfer, das bislang nicht ausgeschöpft wird.

Abbildung 24: Interesse an Unterstützungsangeboten



Anmerkungen zur Berechnung der Variablen

1. Grad der Professionalisierung

Der „Grad der Professionalisierung“ wurde aus insgesamt 12 Variablen berechnet, welche auf folgenden Fragen/Antworten basieren:

- Gibt es ein schriftliches Konzept (z. B. ein Leitbild) für Ihr Gremium, in dem Ziele und Arbeitsweisen beschrieben sind?
- Wie viele Personalkapazitäten stehen für die hauptamtliche Geschäftsführung / Unterstützung der Gremienarbeit aktuell zur Verfügung?
- Wo ist die Geschäftsführung organisatorisch angebunden?
- Welches Budget stand in den letzten 12 Monaten für Ihre Projekte zur Verfügung (ohne Personal)?
- Bitte geben Sie an, inwieweit die folgenden Aussagen auf das zuletzt durchgeführte Projekt zutreffen.
- Das Projekt wurde aus den Entwicklungen amtlicher Daten zum Kriminalitätsaufkommen abgeleitet.
- Das Projekt wurde datenbasiert aus den Ergebnissen einer Bevölkerungsbefragung zum Sicherheitsempfinden abgeleitet.
- Das Projekt wurde auf Basis der Arbeitsmethode „CTC - Communities that Care“ entwickelt.
- Für die Konzeption des Projekts wurde auf einschlägige Empfehlungen und Handreichungen (z. B. Beccaria-Standards, DFK Impulse) zurückgegriffen.
- Im Rahmen des Projekts werden wissenschaftlich überprüfte/standardisierte Programme oder Methoden verwendet.
- Für das Projekt wurden relevante Akteure systematisch identifiziert und begründet miteinbezogen.
- Im Vorfeld des Projekts haben sich die beteiligten Akteure über ihre jeweiligen spezifischen gesetzlichen Aufträge, Leitbilder oder Arbeitsmethoden ausgetauscht.
- Wurden für das zuletzt durchgeführte Projekt konkrete Ziele definiert?

2. Grad der Aktivität

Der „Grad der Aktivität“ wurde aus insgesamt 9 Variablen berechnet, welche auf folgenden Fragen/Antworten basieren:

- Wie häufig hat sich das Gremium in den vergangenen 12 Monaten getroffen?
- Wurden in den letzten 12 Monaten in Ihrer Kommune/Ihrem Wirkungsbereich Projekte durchgeführt, an denen das Präventionsgremium (ggf. durch seine Arbeitsgruppen) maßgeblich beteiligt war?
- Bitte nennen Sie die Anzahl der Projekte der letzten 12 Monate.
- Wie war das Präventionsgremium (ggf. auch durch seine Arbeitsgruppen) an den einzelnen Arbeitsschritten des zuletzt durchgeführten Projekts beteiligt?

3. Nutzungsintensität externer Unterstützungsangebote

Die „Nutzungsintensität externer Unterstützungsangebote“ wurde aus insgesamt 12 Variablen berechnet, welche auf folgenden Fragen/Antworten basieren:

- Wie oft haben Sie in den vergangenen zwölf Monaten folgende Informationsportale für Ihre Präventionsarbeit genutzt?
 - Informationsportal des Deutschen Forums für Kriminalprävention (<https://www.kriminalpraevention.de>)
 - Zeitschrift „forum kriminalprävention“ (<https://www.forumkriminalpraevention.de>)
 - Informationsportal „wegweiser prävention“ (<https://wegweiser-praevention.de>)
 - Informationsportal „DPT-Map“ des Deutschen Präventionstags (www.dpt-map.de)
 - Informationsportal „Grüne Liste Prävention/CTC – Datenbank empfohlener Präventionsprogramme“ (www.gruene-listepraevention.de)
 - Informationsportal „WESPE – Portal für wissens- und evidenzbasierte Sicherheit und Prävention“ des Nationalen Zentrums für Kriminalprävention (<https://www.nzkrim.de/wespe>)
- Falls Sie in den vergangenen 12 Monaten weitere Informationsportale für Ihre Präventionsarbeit genutzt haben, die oben nicht aufgeführt sind, können Sie diese hier benennen.
- Wie oft haben Sie in den vergangenen zwölf Monaten im Rahmen Ihrer Präventionsarbeit Kontakt zu folgenden Institutionen aufgenommen?
 - Deutsches Forum für Kriminalprävention (DFK)
 - Landespräventionsgremium (sofern vorhanden)
 - Wissenschaftliche Einrichtung
 - Nationales Zentrum für Kriminalprävention (NZK)
 - anderes kommunales Präventionsgremium/Kooperationsbündnis

Abbildungsverzeichnis

Abbildung 1: Übersicht zum Projektverlauf	13
Abbildung 2: Vorgehensweise bei der Ermittlung aktiver Gremien und Verteilung nach aktuellem Status.....	14
Abbildung 3: Kriminalpräventive Gremien in Deutschland 2018	18
Abbildung 4: Verbreitung lokaler Präventionsgremien und Beteiligung an der Umfrage	19
Abbildung 5: Zentrale Akteure lokaler Präventionsgremien in Lenkungsgruppen	20
Abbildung 6: Zentrale Akteure lokaler Präventionsgremien mit anderer Organisationsstruktur	21
Abbildung 7: Zentrale Akteure lokaler Präventionsgremien in Arbeitsgruppen / Stadtteilgremien	22
Abbildung 8: Beteiligte Institutionen in lokalen Präventionsgremien	23
Abbildung 9: Anzahl der Treffen im letzten Jahr	24
Abbildung 10: Personalkapazitäten für die hauptamtliche Gremienarbeit.....	24
Abbildung 11: Verfügbares Jahresbudget	25
Abbildung 12: Empfehlung der Organisationsform des eigenen Gremiums	26
Abbildung 13: Anzahl der Projekte in den letzten zwölf Monaten	28
Abbildung 14: Bereiche lokaler Präventionsarbeit.....	29
Abbildung 15: Ausgewählte Indizes der Gremienarbeit.....	30
Abbildung 16: Beteiligung der Gremien an den einzelnen Schritten der Projektarbeit	30
Abbildung 17: Relevanz ausgewählter Aspekte der Projektarbeit	31
Abbildung 18: Zentraler Nutzen des Gremiums.....	33
Abbildung 19: nicht erreichte Ziele des Gremiums.....	34
Abbildung 20: Gründe für die Auflösung und Inaktivität der Gremien	35
Abbildung 21: Probleme in der Gremienarbeit	36
Abbildung 22: Nutzung von Informationsportalen	38
Abbildung 23: Kontakt zu anderen Institutionen	39
Abbildung 24: Interesse an Unterstützungsangeboten.....	40

Literatur

- Ammicht Quinn, Regina, Peter Bescherer, Friedrich Gabel & Alexander Kraemer (2016): Leitlinien für eine gerechte Verteilung von Sicherheit in der Stadt. Tübingen.
- Dzierzon, Maria (2016): Kommunale Kriminalprävention in Theorie und Praxis. Eine Bestandsaufnahme am Beispiel des Landes Brandenburg. Forum Kriminalprävention 2016 (3): S. 3-8.
- Leitstelle „Kriminalprävention“ des Innenministeriums Rheinland-Pfalz (Hrsg., 2017): Projektstudie zur Weiterentwicklung der kriminalpräventiven Räte in Rheinland-Pfalz. Mainz.
- Schreiber, Verena (2007): Lokale Präventionsgremien in Deutschland. Frankfurt am Main.
- van den Brink, Henning (2015): Auslauf- oder Erfolgsmodell? Kommunale Präventionsgremien in Deutschland – ein Forschungsüberblick. Forum Kriminalprävention 2015 (1): S. 6-11.

